

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntags täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 4. Febr. Se. R. O. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruhet: Den nachbenannten Kaiserl. österreichischen Offizieren Orden zu verleihen, und zwar: den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Schwertern: dem Obersten Freiherrn von Edelsheim, Kommandanten des Husaren-Regiments „König von Preußen Nr. 10“ und dem Obersten Benedek, Kommandanten des Infanterie-Regiments „Prinz-Regent von Preußen Nr. 34“; den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit Schwertern: dem Oberst-Lieutenant Grafen Hunyady de Kéthely vom Husaren-Regiment „König von Preußen Nr. 10“, und dem Oberst-Lieutenant Gintowt von Dziewiatowski vom Infanterie-Regiment „Prinz-Regent von Preußen Nr. 34“; auch dem Landrat von Hagle zu Weissenberg, Regierungsbezirk Erfurt, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Großherzogs von Sachsen R. O. ihm verliehenen Ritter-Kreuzes erster Klasse des Hauss-Ordens vom Weißen Falken, so wie dem Kaplan Franz Bock zu Köln zur Anlegung des von des Königs von Hannover Majestät ihm verliehenen Guelphen-Ordens vierter Klasse zu erhalten.

Der bisherige Kreisrichter Weber in Ueckermünde ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Anklam und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Stettin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Ueckermünde, ernannt worden.

## Bekanntmachung, die fünfte Verloosung der Staats-Prämienanleihe vom Jahre 1855 betreffend.

In der gestern und heute öffentlich bewirkten fünften Verloosung der Staats-Prämienanleihe vom Jahre 1855 sind auf diejenigen 2000 Schuldverschreibungen, welche zu den am 15. September v. J. gezogenen 20 Serien gehören, die in der beiliegenden Liste aufgeführten Prämien gefallen.

Die Besitzer dieser Schuldverschreibungen werden aufgefordert, den Betrag der Prämien

### vom 2. April d. J. ab

in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr bei der Staatschulden-Dilgungskasse hier selbst, Oranienstraße Nr. 94, gegen Quittung, wogu Formulare daselbst unentgeltlich verabsolft werden, und gegen Rückgabe der Schuldverschreibungen nebst den dazu gehörigen Kupons Ser. I Nr. 5 bis 8 über die Zinsen vom 1. April 1859 ab, welche nach dem Inhalte der Schuldverschreibungen unentgeltlich abzuliefern sind, zu erheben.

Der Betrag der etwa fühlenden Kupons wird vom Prämienbetrage zurückbehalten.

Auswärtige, welche die Prämien bei einer Regierungshauptkasse in Empfang zu nehmen wünschen, haben dieser die Schuldverschreibungen von 1. März d. J. ab einzureichen und können bei derselben sodann den Betrag der Prämien am 2. April gegen eine, den Empfang aus der Staatschulden-Dilgungskasse bescheinigende Quittung erheben.

In einen Schriftwechsel können wir uns wegen der Prämien-Auszahlung nicht einlassen, und es werden daher Eingaben, welche diesen Gegenstand betreffen, ohne Weiteres portofrei zurückgesandt werden.

Aus bereits früher verloosten und gekündigten Serien, und zwar aus:

Ser. 607. 1279. 1328. 1356. 1418. 1441 (erste Verloosung 1856); Ser. 42. 55. 79. 169. 180. 182. 211. 316. 319. 390. 391. 411. 443. 469. 542. 715. 722. 815. 855. 863. 1209 (zweite Verloosung 1857);

Ser. 146. 162. 570. 770. 782. 789. 890. 971. 1039. 1121. 1184. 1284. 1364. 1420 (dritte Verloosung 1858);

Ser. 106. 198. 218. 263. 267. 279. 286. 303. 327. 483. 534. 543. 547. 555. 632. 702. 764. 797. 938. 958. 1010. 1042.

1045. 1084. 1218. 1480. 1487. 1495 (vierte Verloosung 1859) sind viele Schuldverschreibungen bis jetzt noch nicht realisiert. Die Inhaber derselben werden zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes an die baldige Erhebung ihrer Kapitalien erinnert.

Berlin, den 17. Januar 1860.

Haupt-Verwaltung der Staatschulden.

Natan. Gamet. Guenther.

Ad Nr. 100.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch mit dem Bemerkung zur Kenntnis des Publikums gebracht, daß die Prämienliste in den Büros der königlichen Landratsämter, der Distriktskommissarien und der Magistrate, bei der Regierungs-Hauptkasse, den Kreis-, Steuerkassen, den Forst- und Rentamts-Kassen, den Postamtsskassen, den Kreisgerichts-Salarienkassen, den Haupt-Steuer- und Steuer-Amtskassen und den Kämmereikassen ausgelegt ist. Auch wird ein Exemplar der Prämienliste der am 7. Februar d. J. erscheinenden sechsten Nummer des Amtsblatts beigegeben werden.

Posen, den 30. Januar 1860.

Königliche Regierung.

V. Mirbach.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Freitag, 3. Februar Nachmittags. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Rom vom 28. d. Mts. ist es unbegründet, daß die französischen Truppen aus Rom zurückgezogen werden sollen, und daß der Papst Rom verlassen werde. Die Mazzinistische Partei regt sich; General Gobon hat Maßregeln ergriffen, um eine Kundgebung zu verhindern. Der Handel liegt darnieder, manchfache Bankerotte haben stattgefunden.

(Eingegangen 4. Februar 8 Uhr Vormittags.)

Paris, Sonnabend 4. Februar. Der heutige „Moniteur“ enthält einen Bericht des Kriegsministers Marschall Randon mit der Ankündigung, daß er, den Absichten des Kaisers gemäß, dem gesiegenden Körper ein Gesetz unterbreiten werde, nach welchem das Kontingent der Klasse vom Jahre 1859 von 140,000 auf 100,000 Mann herabgesetzt wird.

Turin, Freitag 3. Februar. Sardinische Offiziere sind nach Vologna abgegangen, um dort die Artillerie, die Kavallerie und das Geniekorps für die mittel-italienische Armee zu organisieren. — Die Verhaftungen in Venedig dauern fort.

(Eingegangen 4. Februar 10 Uhr 55 Min. Vormittags.)

CH Posen, 4. Februar.

Wir kommen noch einmal auf das Kapitel der Bundeskriegsverfassung zurück, weil die von Preußen angeregte Frage in ihrer vielleicht Wichtigkeit nicht zu hoch angeschlagen werden kann. Der Nachweis, daß die vorgeschlagenen Änderungen einem dringenden Bedürfnisse entsprechen und den bestehenden Verhältnissen am angemessensten sind, ist in den Erläuterungen, welche die preußische Regierung durch das Organ ihres beim Bunde beglaubigten Militärbevollmächtigten und in einer an die deutschen Bundesglieder gerichteten Circulardepeche abgegeben hat, so hinlänglich begründet, daß haltbare Einwendungen dagegen vom Standpunkte der militärischen Interessen Deutschlands sich kaum erwarten lassen. Mehr und mehr haben sich die Männer von Fach überzeugt, daß die bisher geltende Kriegsverfassung des Bundes nur in Friedenszeiten haltbar ist, bei jeder nahen Kriegsgefahr aber Deutschland in die schlimme Alternative bringt, entweder den Buchstaben des Bundesrechtes bei Seite zu schieben, oder den Kampf für die Ehre und die Sicherheit des Vaterlandes unter den ungünstigsten Bedingungen aufzunehmen. Die Vorschläge Preußens gehen daher in erster Linie von der Erkenntnis aus, daß man die bei den Kriegsbevorrichtungen des Jahres 1840 und während der vorjährigen Krisis gemachten Erfahrungen nicht unbenutzt lassen darf. So handelt es sich zunächst darum, über die Leitung der Bundesstreitkräfte von vorn herein feste Grundsätze aufzustellen, damit der Überraschung und dem Zwange des letzten Augenblicks kein Spielraum gelassen bleibe. Bei der Einrichtung des neuen Systems kommt es dann hauptsächlich darauf an, daß die beiden deutschen Großmächte mit ihren durch Zahl und Lüdigkeit imposanten Truppenmassen den Hauptröcken bilden, an welchen sich in Betreff der Formation und in Betreff des Oberbefehles die übrigen Bundeskontingente anzuschließen haben. Es liegt darin eine naturgemäße Konzentration der Kräfte, daß die Truppenmassen der Großmächte, als die Hauptbalkenwerke der Vaterlandsverteidigung, ihren Zusammenhang behalten und den Geist trefflicher Disziplin auch auf die ihnen zugefallenen Kontingente übertragen, während die alte Kriegsverfassung die wohlgeschulten und kriegerstüchtigen Streitmassen zu Gunsten einer scheinbaren Einheit auflösen will, welche in Beziehung auf Formation und Überleitung niemals zur Wirklichkeit werden könnte. Wo eine kräftige Wirkung erzeugt werden soll, da muß der Schwächere sich an den Stärkeren anlehnen, nicht umgekehrt, und unter den obwaltenden Umständen ist zur Abwehr drohender Gefahr, wie bei anderen kritischen Fragen, die Einheit Deutschlands nicht besser darzustellen, als durch eine im rechten Gleichgewicht gehaltene und wo möglich von Eintracht beseelte Theilung der Gewalten zwischen Preußen und Österreich.

Indessen hat die vorliegende Frage auch nach der politischen Seite hin eine hohe Bedeutung. Die preußische Regierung ist, wie sie es vor mehreren Monaten bei Beantwortung der bekannten Stettiner Adresse durch den Grafen Schwerin andeutet ließ, der nach einer radikalen Umgestaltung der Bundesverhältnisse strebenden Agitation fern geblieben, aber sie hat sich der Aufgabe unterzogen, den mit unverkennbarer Dringlichkeit hervortretenden Bedürfnissen in praktischer Weise Abhülfe zu verschaffen. Der Bund vereint nicht nur das Recht seiner eigenen Existenz, sondern auch die Zukunft und die Unvergleichlichkeit Deutschlands, wenn er an Bestimmungen festhält, welche die vaterländische Wehrkraft den Annahmen eines eroberungslustigen und siegesstolzen Nachbarvolkes gegenüber läßt. Neben die Untauglichkeit der Kriegsverfassung des Bundes, wie über die Notwendigkeit einer Reform im Sinne der preußischen Vorschläge hat das Urtheil aller Sachverständigen innerhalb und außerhalb Preußens sich fast übereinstimmend ausgesprochen. Hier sehen wir die „Neue Preußische Zeitung“, die „Preußische Zeitung“ und die „National-Zeitung“ mit demselben Eifer für dieselbe Sache kämpfen. Und selbst in Wien hat ein Blatt, welches eine eigene Meinung zu haben wagt, die Stimme erhoben, um die Anträge der preußischen Regierung zu befürworten und die unvergleichlichen Gründe derselben in das rechte Licht zu setzen. Dieses Blatt, die „Presse“, hat freimüthig anerkannt, Preußen ergreife die Initiative zu einer unumgänglichen und von aller Welt als notwendig anerkannten Reform, und es geschieht dies in einer so zarten und rücksichtsvollen Weise, daß selbst der weitgehendste Empfindlichkeit Rechnung getragen werde.

Wenn also die öffentliche Meinung sich von allen Seiten befällig über die preußischen Vorschläge erklärt, so kann man nur mit Besorgniß an die Möglichkeit denken, daß dieselben durch den Willenstand der Bundesstaaten zum Falle kommen. Der Einspruch Österreichs liege sich in keiner Weise begründen, da der süddeutsche Großmacht ihr Recht auf die Führung Deutschlands vollständig gewahrt ist. Eben so wenig kann sich das Selbstverständigungsfühl der kleineren Staaten verleugnen finden. In Friedenszeiten ist die buchstäbliche Wahrheit der vielgliedrigen Souveränität Deutsch-

lands statthaft; in kritischen Momenten wird dieselbe nicht nur zur Gefahr, sondern zur Unmöglichkeit. Wenn die kleineren Staaten bei den Kämpfen mit auswärtigen Gegnern nicht in patriotischer Hingabe zeitweise und naturgemäße Diktatur Preußens und Österreichs anerkennen wollen, so laufen sie dem schimpflichen Schicksal in die Arme, unter fremdem Dach an der Knechtung des eigenen Vaterlandes arbeiten zu müssen.

## Deutschland.

**Preußen.** AD Berlin, 3. Febr. [Bergerung der napoleonischen Pläne; Haltung des Landtages in der deutschen Frage; die alte Schuld des Königreichs Westfalen.] Die Frage wegen Abtreten Savoyens und Nizza's an Frankreich scheint noch nicht zur unmittelbaren Lösung reif zu sein. Piemont will erst den vollen Kaufpreis in Händen haben, ehe es den napoleonischen Gelüsten das Stammeland der sardinischen Regenten hingibt, und das englische Kabinett steht, im Angesicht des allgemeinen Misstrauens gegen den Bonapartismus, zu unsicher, als daß es die französischen Pläne offen unterstützen könnte. Man erfährt sogar durch Lord John Russell, daß Frankreich vor einiger Zeit durch die wiederholten Anfragen von englischer Seite zu einer Erklärung über die Sache veranlaßt ist (London). Die erste Antwort des Grafen Wallensti habe sich in einem gewissen Halbdunkel bewegt; aber auf weiteres Andringen habe er endlich versichert, der Kaiser Napoleon habe keine Absichten auf Savoyen und Nizza. Das klingt recht gut, aber um keiner Täuschung zu verfallen, muß man sich zurückfragen, daß inzwischen der Graf Wallensti aus dem Amte geschieden ist, und daß die napoleonische Politik nicht sechs Monate braucht, um einen Wandelungs- und Häutungsprozeß zu vollziehen. Das englische Kabinett hat damals, im Juli v. J., seine Befriedigung über die erhaltene Antwort zu erkennen gegeben; doch sagt Lord Russell kein Sterbenswörtchen von den vertraulichen Unterhandlungen, die inzwischen gepflogen worden sind. Indessen kann das britische Kabinett unmöglich mit einem Sprunge aus seiner damaligen Stellung zu einer offenen Billigung der französischen Vergrößerungspläne übergehen. Es hat daher, wie verlautet, dem Kaiser der Franzosen den Rath ertheilt, das Projekt der Einverleibung Savoyens und Nizza's einstweilen ruhen zu lassen, bis die allgemeine Regelung der italienischen Verhältnisse weiter vorgerückt sei. — Obgleich manche Abgeordnete noch immer Schreiben von ihren Wahlkörpern erhalten, welche eine Adresse an den Prinz-Regenten in der deutschen Angelegenheit beantragen, so ist doch mit Grund zu erwarten, daß die Landesvertretung nicht ohne bestimmte Veranlassung aus ihrer bisherigen Zurückhaltung herausgetreten wird. Einzelne Redner im Abgeordnetenhaus werden irgend eine Gelegenheit benutzen, um ihre Sympathien für die nationale Bewegung auszu sprechen; aber das Haus in seiner Gesamtheit wird sich keiner Kundgebung anschließen, welche den von der Regierung eingeleiteten Reform-Unterhandlungen eher schaden als nützen kann. — Die Inhaber der aus dem ehemaligen Königreich Westfalen stammenden Schuldverschreibungen haben sich bekanntlich wieder an die Landesregierung gewendet, damit dieselbe eine Petition wegen Öffnung des Rechtsweges unterstüte. Die Sache hat geringe Aussicht auf Erfolg, da die beteiligten Staaten vertragmäßig sich von vornherein über den Abschluß des Rechtsweges verständigt haben.

CB Berlin, 3. Febr. [Vom Hofe; Manderlei.] Die Königin ist heute nicht, wie man vermutete, vom Schloss Sanssouci nach Berlin gekommen. Die hohe Frau empfing Mittags daselbst den Besuch des Fürsten von Hohenzollern, der bis 2 Uhr im Schloss Sanssouci verweilte und dann zur Tafel wieder hierher zurückkehrte. Die Hofjagd in der Tegeler Forst hat heute stattgefunden. Bevor sich der Prinz-Regent und die Prinzen Friedrich Wilhelm, Albrecht, Prinz August von Württemberg und die übrigen fürstlichen Personen dorthin begaben, machten sie der Prinzessin Karl einen Gratulationsbesuch. Nach dem Schlusse der Hofjagd nahm die hohe Jagdgemeinschaft im Forsthause am Königsdamm das Dejeuner ein und lebten darauf hierher zurück. Die Frau Prinzessin von Preußen, die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm, die Frau Prinzessin Friedrich Karl, die niederländischen Herrschäften, die Herzogin von Sagan, die Fürstinnen Matilde und Leonette Radziwill und viele andere fürtliche Frauen beglückwünschten heute Mittag die Frau Prinzessin Karl und verweilten längere Zeit im Palais. Darauf fuhren die hohen Herrschaften bis zum Beginn der Tafel spazieren. — Zu der Soirée, welche morgen beim Prinzen Friedrich Wilhelm stattfindet, haben die obersten Hofchargen, die prinzlichen Höfstaaten, die Minister, die Gesandten, die Generalität, mehrere Landtagsmitglieder und andere Notabilitäten Einladungen erhalten. Sämtliche Gäste des Prinzen erscheinen en gala. In dieser glänzenden Gesellschaft werden auch einige Mitglieder der italienischen Oper Gesangstücke vortragen. — Große Vorbereitungen werden bereits für eine Soirée getroffen, die am 11. d. beim Prinz-Regenten stattfindet. In derselben kommen auch Theaterstücke zur Aufführung. Mit der Restaurierung der dazu nötigen Kulissen und der übrigen Dekoration ist der Prof. Gropius beauftragt. Der Prinz-Regent, die Frau Prinzessin von Preußen und die übrigen hohen Herrschaften nahmen gestern Abend, nachdem sie der Generalprobe im Palais des Prinzen Karl beigewohnt hatten, zusammen den Thee ein. In der Soirée des russischen Gesandten Baron v. Budberg erschienen sie nicht, und waren dort nur der Prinz August von Württemberg und die Prinzen anwesend, welche beim 1. Garde-Regiment in Potsdam stehen. Alle gegenwärtigen Soirées haben einen düstern Charakter, der darin seinen Grund hat, daß die Gäste wegen der Hoftrauer schwarze Kleidung tragen.

— Der Kultusminister v. Bethmann-Hollweg hat für den 10. d. M. Einladungen zu einer Soirée ergehen lassen. — Die Einzugs- und Hausstandssteuer soll jetzt durch ein Gesetz geregelt werden. Ein darauf bezüglicher Gesetzentwurf ist bereits zur Vorlage an den Landtag ausgearbeitet worden. Derselbe will Feststellung der Steuern nach den verschiedenen Kategorien der Städte, Bevölkerungen für die Fälle des Umzugs oder Wechsels des Wohnorts, oder der Rückkehr in die Gemeinde etc. Das platten Land findet in dem Entwurf keine Erwähnung, doch ist bereits im Herrenhause die Frage angeregt worden, ob diese Steuer nicht auch auf das platten Land auszudehnen sei. — Unsere Studenten wollen ihre am 10. d. M. im Mäder'schen Saale stattfindende Ballfestlichkeit recht glänzend ausstatten. Die Verbindungen werden aber, wie schon früher, dabei nicht in „Wibis“ erscheinen.

\* \* Berlin, 3. Febr. [Die Situation.] Aus Ostreich, wie aus Italien sind in den letzten Tagen Nachrichten eingelaufen, welche der politischen Lage in Europa einen sehr düsteren Anstrich verleihen. In Ungarn, wie in Venetien sind die Karten zurechtgelegt und wenn auch die Gefahr, welche von Neapel her drohte, für den Augenblick wenigstens, und seitdem der König die Überzeugung gewonnen hat, daß er bei aktivem Einschreiten seine Krone aufs Spiel setzen würde, verschwunden ist, so ist der Zusammenstoß in Oberitalien dennoch kaum zu vermeiden. Ostreichs Stellung ist mißlicher, denn je zuvor; freilich könnte in Betreff Ungarns ein kräftiger Entschluß, der sich dahin ausspräche, den gerechten Forderungen dieses Landes gerecht zu werden, das Wiener Kabinett von großem Drangsal befreien und die von Paris aus geschickt geleiteten Intrigen zu Richte machen. Freilich könnte Ostreich, seine militärische Ehre in die Schanze schlagend, Venetien verkaufen und, wie vorgeschlagen, die Insel Kandien noch mit in den Kauf nehmen. Es ist sogar denkbar, daß Napoleon, dem es um Savoyen zu thun ist, gern sähe, wenn ohne Krieg und für baare Münze Italien bis zum Adriatischen Meere frei würde, und auch Sardinien dürfte wenig daran gelegen sein, dem erbitterten österreichischen Heere nochmals gegenüberzustehen. Mit Ausnahme der Zugeständnisse an die Ungarn sind aber alle anderen Zumutungen kaum erfüllbar und es gewinnt mehr und mehr die Ansicht an Boden, daß Napoleon mit Ostreich wieder dasselbe Spiel treibt, wie im vorigen Winter. Bestätigt sich diese Ansicht, dann giebt es für Preußen nur eine Rolle, würdig Friedrichs des Großen, würdig der Mission, welche das Preußenvolk zu erfüllen hat. Im vorigen Jahre stand es uns nicht zu, das Unrecht in Italien zu vertheidigen und dennoch hätte die Macht der Verhältnisse Preußen und Deutschland in den Krieg gedrängt, hätte derselbe nicht ein so plötzliches Ende erreicht. Heute bedroht Ostreich Niemanden in Italien, und wird heute Ostreich angegriffen, so gilt der erste Kanonenschuß, auf die Ostreicher abgefeuert, nicht Deutschland, sondern Preußen. Mit dem ersten Kanonenschuß muß dann auch (es gibt keinen anderen Ausweg) Preußen selbständig, als europäische Großmacht an Frankreich den Krieg erklären, ob auch England wieder Drohnoten absenden möge, ob auch Russland erklären möge, seine eigenen Interessen allein befragen zu wollen. Dann werden auch die deutschen Staaten mit uns sein, während sie jetzt, so lange Hader die beiden deutschen Großmächte auseinander hält, den Gedanken an einen Bund, der leicht zum Rheinbund ausarten könnte, in sich aufkeimen lassen. Es bleibt sich dann ganz gleich, ob wir für Ostreich oder gegen Frankreich kämpfen, die Handlung und ihre Resultate bleiben dieselben. Dann werden aber auch ohne die jetzt in den Weg gelegten Schwierigkeiten Preußens Vorschläge, die sicher nur das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes zur Grundlage haben, von den deutschen Bundesgenossen freudig angenommen werden. Mit allen Theorien, mit allem Festhalten an den veralteten Buchstaben hat es dann ein Ende; das einzige Deutschland ist eine eiserne Wand, die dem Napoleonismus eisernen Widerstand bereitet.

\* Berlin, 3. Febr. [Der Fortschritt des Gartenbaues in Preußen; eine diplomatische Warnung.] In Potsdam sprach man in der vorigen Woche viel von Veränderungen, die sich in der Administration der königl. Gärten, wie im Personal der königl. Gartenintendantur in Aussicht stellen. Wahrscheinlich haben diese Gerüchte Veranlassung gegeben, daß neulich in dem von Ihrem Berichterstatter schon öfters erwähnten wissenschaftlichen Verein für Geschichte der Centraladministration unserer Monarchie ein Vortrag über die Geschichte des Gartenbaues in den preußischen Staaten und die Einwirkung der Regierung auf diesen wichtigen und eben so nützlichen als angenehmen Kulturzweig gehalten wurde. Er stand um so lebhafterem Preisfall, als die Fortschritte im Gartenbau, von ihrer Entwicklung an, durch die verschiedenen Regierungsperioden bis in die Gegenwart verfolgt und mit zahlreichen interessanten Notizen begleitet wurden. Schon von den früheren Regenten der Mark Brandenburg wurde die Gartenkunst beginnend und unterstützt, aber einen besonders bemerkenswerten Aufschwung erhielt sie durch die Toleranz, welche der Große Kurfürst übte, indem er vielen Tausend französischen Auswanderern, welche die religiösen Verhältnisse vertrieben hatten, ein zweites Vaterland gab. Mit ihnen kamen viele thätige, in Künsten und Gewerben wohlfahrende Männer, unter ihnen auch einige ausgezeichnete Künstler aus ins Land, die thiefs ihre Kunst und ihren Fleiß auf die Verschönerung der landesherrlichen Gärten verwendeten, wie namentlich der berühmte Le Notre, oder selbst zum Beispiel noch heute bestehende Kunsgärten anlegten, wie Boucic, Mathieu, George u. j. w. Glänzend war auch für den Gartenbau die Regierungszeit Friedrichs d. Gr. Dieser Monarch riechte vorzugsweise seine Aufmerksamkeit auf die Kultur und Aufführung fremder Fruchtbäume und Sträucher, auf Drangsalen, Treibhäuser und Spaliere. Einen europäischen Ruf erhielten die Treibbereien auf den Terrassen von Sanssouci, angelegt und gepflegt vom Künstler Kraule. 1753 produzierte sogar schon der Hofgärtner König in Monbijou eine Quantität Zuckerrot. Noch wichtiger als diese Bemühungen ist die historische Thatsache, daß 1770 Friedrich II. in der Umgegend von Berlin und Potsdam 100 gelernte Gärtner anstellte und dadurch dem Obst- und Gemüsebau in der Umgebung der Residenzen wesentlichen Vorzug leistete. Der königl. botanische Garten zu Schöneberg, früher ein Hopfenfeld, entstand zwar schon unter dem großen Kurfürsten, seine großen Treib- und Gewächshäuser erhielt er aber erst unter Friedrich I., der sie als Winterdepot für die exotischen Gewächse der königl. Gärten anlegen ließ. Sein sparsamer Sohn Friedrich Wilhelm I. betrachtete sie als unnötige geldwrestende Etablissemens, und schenkte den botanischen Garten der Sozialität der Wissenschaften, mehr um ihr Verlegenheiten zu bereiten, als um ihr einen Dienst zu leisten; er wurde nur noch zum Anbau offizieller, gut zu verwirthender Pflanzen benutzt. Friedrich d. Gr. stellte den alten Glanz des merkwürdigen Etablissemens wieder her. Die neuen großen Treibhäuser wurden bald nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelm III. erbaut. Unter diesem Monarchen wurde 1822 der Verein „zur Beförderung des Gartenbaues“ in den preußischen Staaten und mit ihm eine nützliche Hülfssanstalt zur Verbreitung der Kenntnisse auf diesem Gebiete gegründet. Eine zweite wichtige Hülfssanstalt für diesen Zweck ist die durch l. Kabinetsordre vom 20. August 1822 errichtete Gärtner-Lehranstalt, früher in Schöneberg und Potsdam, jetzt bloß in Potsdam, wo sich auch schon seit fast 40 Jahren eine Landesbaumschule befindet. Sie besteht aus Anlagen zur Samenzucht für Obst-, Wald- und Schnurbäume und Sträucher, aus einer Pflanzküche für zartere Gewächse, aus einem Konserwatorium für Fruchtbäume, aus einem Versuchsfeld für Schnur- und Waldhölzer. Auch die berühmten Pisanghäuser auf der Pfaueninsel sind eine Schöpfung Friedrich Wilhelm III., doch ist zu erwähnen, das schon 1774 der Garten der Realsschule in Berlin reise Pisangfrüchte auf die Tafel des Königs lieferte. Friedrich Wilhelm IV. gehört die Schöpfung

des Gartens von Charlottenhof und die Verschönerung des Parkes von Sanssouci durch zahlreiche neue Fontänen an. Die Verwaltung der königl. Gärten steht unter einer Intendantur, deren Chef zuletzt der im vorigen Jahre verstorbene Minister des königl. Hauses, v. Massow, war. Noch ist dieser Posten nicht wieder besetzt. Von ihm ressortirt die Generaldirektion. Unter dem Generaldirektor Lenné stehen die sämtlichen königl. Gärten, die Gärtner-Lehranstalt und die Landesbaumschule, auch der Kindergarten in Berlin. Die Schloßbau-Kommission führt die Bauten aus; für die Fontänenanlagen in Sanssouci ist ein besonderer Inspector angestellt. Die Kasse der Intendantur der l. Gärten ist mit der des Hofmarschallamtes vereinigt. Wirkliche Hofgärtner fungiren jetzt 12, davon 4 in Sanssouci, 2 in Berlin (Monbijou und Bellevue), bei Potsdam 3 (in Charlottenhof, im Neuen Garten und auf der Pfaueninsel), bei Berlin 1 (in Schönhausen), sodann 1 in Schwedt und 1 in Paretz etc. — Dieser Tage kam von diplomatischer Seite hier eine Warnung aus Wien nach Berlin, welche besagt, daß gegenwärtig von ein und demselben anspruchsvollen Korrespondenten unter der Rubrik Wien unverbürgt, oft geradezu erfundene Mitteilungen an mehrere deutsche Zeitungen, namentlich an das „Frankfurter Journal“ und die „Kölner Zeitung“ gemacht würden, welhalb man dieselben mit großer Vorsicht aufzunehmen habe. Der wirkliche Absendungsort war in Wien bekannt und in jenem offiziellen Schreiben genau bezeichnet.

\* [Staatsministerialbeschuß.] Die Umstände und Plaktereien, welche durch das vorige Ministerium angeordnet waren in Betreff aller Beamten, die sich 1848 und 1849 politisch oder kirchlich versucht hatten, sind von der gegenwärtigen Regierung nun endlich wieder beseitigt. Folgender Staatsministerialbeschuß ist, wie man der „R. B.“ meldet, den Behörden zugeschickt: „In dem durch Staatsministerialbeschuß vom 1. September 1853 auf Grund der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 27. April 1853 angeordneten Verfahren bei Beförderungen und Gehaltsverbesserungen von Beamten, welche sich in den Jahren 1849 kirchlich oder politisch vergangen haben, ist eine Änderung durch den Allerhöchsten Erlass vom 14. v. M. insoweit genehmigt worden, daß in denjenigen Fällen, wo solchen Beamten lediglich die nach ihrem Dienstalter zulässigen Zulagen zu bewilligen sein würden, fortan 1) eine Immediatberichterstattung nicht mehr stattzufinden, und 2) das Zugeständnis derartiger Gehaltsverbesserungen allein davon abzuhängen hat, ob die betreffenden Beamten nach dem Urtheil ihrer Vorgesetzten sich seit jenen Jahren dienstlich, wie außerdiensstlich, untadelhaft geführt und zu keinen Ausstellungen Veranlassung gegeben haben. Das Staatsministerium beschließt demgemäß, daß von jetzt an alle diejenigen, nach dem Dienstalter zulässigen etatmäßigen Zulagen, deren Bewilligung zu den ressortmäßigen Abteilungen der Provinzialbehörden gehört, ohne vorherige Berichterstattung selbständig zu versuchen sind. Die einzelnen Departementschefs werden hiernach, jeder in seinem Ressort, die betreffenden Provinzialbehörden mit der erforderlichen Anweisung versehen. Zu dem Ende ist jedem Departementschef Abschrift des gegenwärtigen Beschlusses mitzuteilen. Berlin, 31. Dezember 1859. Königliches Staatsministerium.“

\* [Ministerialreskript über den Ankauf von Militärpferden.] In Folge mancher bei dem vorjährigen Ankauf von Pferden zu Militärzwecken vorgekommenen Beeinträchtigungen der Pferdezucht sind Vorstellungen an das landwirtschaftliche Ministerium gerichtet worden, um der Wiederholung solcher Vorgänge vorzubürgen. Das Ministerium hat sich dadurch zu einer Korrespondenz mit den Ministerien des Innern und des Krieges veranlaßt gegeben, und haben die letzteren nunmehr sich bereit erklärt, den Vormusterungs- und Abnahmekommissionen zu empfehlen, daß sie Stuten, deren tragender Zustand durch Decke der Landgestütte wahrscheinlich gemacht wird, auch wenn die sichtbaren Kennzeichen vom Vorhandensein dieses Zustandes vermisst werden, zur Aushebung nicht herausziehen. In dem diesen Gegenstand betreffenden Reskript des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten wird gelagert: „Es liegt überdies, wie auch von den genannten Ressortministern niemals verkannt worden ist, sowohl im Interesse des Landes als im Interesse des Kriegsheeres, die Stuten überhaupt so lange von der Aushebung zu verschonen, als der Bedarf der Armee durch andere Pferde gedeckt werden kann, weil eben hierin die Grundlage für alle künftige Remontirungen beruht, und wenn gegen diesen allgemeinen Grundsatz von einzelnen Abnahmekommissionen ohne Noth verstoßen worden ist, so sind dies eben nur einzelne Missgriffe, welche in jedem Spezialfalle zu ordnen bleiben. Doch habe ich Gelegenheit genommen, den Ressortministern noch besonders den Schutz solcher Stuten zu empfehlen, welche lediglich zum Züchtungszwecke gehalten werden, und hoffe, daß dadurch solchen Rücksichtlosigkeiten, wie sie bei der letzten Modellmachung vorgekommen sein sollen, desto sicherer vorgebeugt sein wird.“

\* [Die höheren Lägerstätten.] Das Januarheft des zweiten Jahrgangs des „Centralblatts für die Unterrichtsverwaltung“ enthält den Abdruck zweier Denkschriften über die Organisation des Unterrichtswesens in höheren Lägerstätten, welchem folgende Bemerkung vorangeschickt ist: „Die Berlossenheit und Un Sicherheit, welche bei Organisation und auch bei Errichtung des Unterrichts in sogenannten höheren Lägerstätten vielfach angetroffen wird, hatten die oberste Behörde einer Provinz veranlaßt, die Frage über die feste Begrenzung des Unterrichtsstoffes in den höheren Lägerstätten, besonders in den Privatschulen dieser Art“ einer gemeinsamen Berathung unterzuziehen zu lassen. Derselben wurden zwei zu diesem Behufe vorher angefertigte Gutachten zu Grunde gelegt, welche wir um der Wichtigkeit des Gegenstandes, um ihrer Vielseitigkeit willen, und weil sie sich gegenseitig ergänzen, hier auszugsweise abdrucken lassen. Auf Grund der stattgefundenen Berathung ist die Anfertigung eines Reglements für die betreffende Provinz beschlossen worden. Der gleichzeitig gestellte Antrag, nur denjenigen Anstalten, welche dieses Reglement annehmen und sich nach demselben einrichten, die Bezeichnung als höhere Lägerstätte zu gestatten, ist von dem Minister der geistlichen etc. Angelegenheiten als zur Genehmigung nicht geeignet abgelehnt worden, indem der selbe bemerkt, daß die Annahme oder Nichtannahme einer obrigkeitlichen Anordnung überhaupt nicht in das Belieben der betreffenden Schulen gestellt werden könne; was aber die Privatanstalten betrifft, so hätten die l. Regierungen durch das ihnen zustehende Recht, den Lehrplan zu genehmigen, das Mittel in der Hand, das Unterrichtswesen derselben den bestehenden Bestimmungen entsprechend zu regulieren. Die hierdurch und in dieser Weise angeregte und aufgenommene Frage wird eine weitere, sowohl das pädagogische Interesse, wie die Frage über städtische Schulorganisation berührende Entwicklung finden.“

\* [Die Petition und Denkschrift des verewigten Dr. Jonas und Genossen], auf welche der Allerhöchste Bescheid vom 4. Januar bereits mitgetheilt ist (s. Nr. 7), findet sich

jetzt in einer Broschüre abgedruckt, welche der Redakteur der protestantischen Kirchenzeitung Hr. Krause (bei Georg Reimer) herausgegeben hat. Die Petition lautet:

Durchlauchtigster Prinz, allernächster Prinz-Regent und Herr! Ew. Königl. Hoheit haben die Notstände unserer evangelischen Landeskirche mit klarem Blick erkannt und auf deren Besserung im Geiste des Protestantismus das Auge gerichtet. Ew. R. H. an den evangelischen Oberkirchenräth gerichtete Kabinettsordre vom 10. Februar d. J. hat besonders die weitere Entwicklung der evangelischen Kirchenverfassung in Aussicht gestellt. Hierdurch ermutigt und voll tiefen Dankesglücks über diese Anerkennung der Noth und des Rechtes unserer thauern evangelischen Kirche, so wie über die Verheilung ihrer künstlichen Ordnung, nahen sich die ehrerbietig Unterzeichneten Ew. R. H. mit möglich diejenigen Maßregeln gnädig anzurufen, welche geeignet sind, den fünfzehnten Artikel der Verfassungsurkunde des Staates für die evangelische Landeskirche in Ausführung zu bringen. Die bisher in dieser Richtung getroffenen Maßregeln und besonders die Loslösung der Kirchenbehörden von dem Organismus der Staatsregierung, weit entfernt, unsere evangelische Landeskirche in die ihr durch den Art. 15 der Verfassung gewährte Selbständigkeit hinüberzuführen, haben sie im Gegenteil nur unfestständig und unabhängiger gemacht: indem sie zwar jene Kirchenregimentlichen Behörden den Staatsgewalten gegenüber als selbständige und unverantwortlich hinstellten, da gegen aber die evangelischen Gemeinden und Geistlichen ganzlich der Macht jener Kirchenbehörden übergeben, und damit des Rechtesglücks beraubten, welchen sie bis dahin an den Staatsgewalten gehabt hatten. Und die Unfreiheit der Kirche hat zur Folge gehabt, daß, im Widerspruch mit dem allgemeinen Bewußtsein des evangelischen Volks eine einheitliche, ausschließlich in der Vergangenheit lebende theologische Richtung die Alleinherrschaft gewinnen konnte, welche dann in ihrer Engberigkeit den alten konfessionellen Hader bis zur Vereinigung der gesegneten Union wiedererweckte, und mit ihrem System der Umkehr nicht nur die wissenschaftliche Bildung der Geistlichen, sondern auch die gesunde Entwicklung des gesamten Volkslebens in bedeutsamer Weise gefährdet. Solche Auflösung der Kirche in schroff entgegengesetzte Parteien, solche Verirrung in veraltete Anschauungen und Ordnungen wurde nimmermehr möglich geworden sein, wenn nicht die Herstellung einer zweckentsprechenden zeitgemäßen Verfassung der Kirche, wie sie der Art. 15 verheisst, so lange unterbleiben wäre. Besiegt unsre evangelische Kirche eine Organisation, in welcher sich der in ihr herrschende Geist darzustellen vermöchte: so würde Vieles, was sich gegenwärtig als wichtig ergeben kann, in seiner ganzen Nichtigkeit erscheinen; so würde es sich zeigen, daß die beläugenswerthen Parteien überwiegend künftliche Ereignisse sind, die im Volk selbst keine Wurzel haben, und die nur darum den Eindruck großer Breitverbreitung annehmen könnten, weil den Evangelischen in den östlichen Provinzen jedes Organ fehlt, ihre kirchliche Stellung und Anschauung fund werden zu lassen. Besiegt unsre evangelischen Gemeinden Organe, durch welche sie ihres Herzen Meinung auszusprechen vermöchten, so würden sie unwiderrücklich beweisen, daß dem evangelischen Volk im Großen und Ganzen die hierarischen, konfessionellen und rückwärts schreitenden Bestrebungen völlig fremd sind; beweisen, daß es nicht engherzig, sondern in Gottesfürcht freiwillige, wissenschaftlich gebildete Geistliche für seine Erbauung und die religiöse Erziehung seiner Kinder wünscht; vor allem beweisen, daß das gottgesegnete Werk der Union, welches Ew. R. H. in Gott ruhender R. Vater geschaffen hat, aus dem Herzen des Volkes geboren ist und noch heute in ungeschwächter Kraft im Herzen des evangelischen Volkes lebt. Wie demnach die ehrfurchtvoll Unterzeichneten in der vertraulichen Unterlassung einer zeitgemäßen Organisation eine Hauptquelle der allgemein empfundenen Schäden unserer kirchlichen Lebens zu erblitten nicht umhin können: so scheint es ihnen auch kein wirksames Heilmittel und kein dringenderes Bedürfnis für unsre Kirche zu geben, als eben die Herstellung einer solchen zeitgemäßen Kirchenverfassung. Mögen darum Ew. R. H. den ehrfurchtvoll Unterzeichneten allernächst gestatten, daß sie, im lebhaften Gefühl der mannschaftigen Noth der Kirche und im Hinblick auf das zur Abhöhe im Art. 15 der Landesverfassung gewährte Recht, ihre Überzeugung dahin auszusprechen wagen: daß sie in der Berufung einer, aus der Wahl der Gemeinden hervorgehenden, evangelischen Landeskirche, zur Bestellung der Grundzüge einer repräsentativen Kirchenverfassung, den einfachsten und wirthschaftlichsten Weg erblitten, um der evangelischen Kirche aus ihrer Noth und zu ihrem Recht zu verhelfen; und gerufen Ew. R. H. anliegende Denkschrift, welche die nähere Begründung dieser Überzeugung entdrückt ist, huldreichst entgegenzunehmen. Wenn die ehrfurchtvoll Unterzeichneten unmittelbar an Ew. R. H. ihre ganz gehorfsame Vorstellung und die Bitte richten, daß Allerhöchste Selbst gerufen werden, die geeigneten Maßregeln zu treffen: so geschieht dies in der vertraulichen Überzeugung, daß vor allem Ew. R. H. Weisheit und Gerechtigkeit dasjenige anordnet werde, was am meisten der Sachlage und dem Recht der Kirche entspricht; daß auch nur dasjenige, was von Ew. R. H. als dem damaligen Juhaber der Kirchenwelt, angeordnet werden möchte, die allseitige Anerkennung unzweifelhafter Rechts Gültigkeit erhalten werde; und daß endlich nichts so sehr im Stande sein dürfe, den bei der neuen Organisation etwa hervortretenden Parteidienst und Spaltungen mäßigend und einigend entgegenzuwirken, als das allgemeine Vertrauen zu Ew. R. H. Person und das Gewicht allerhöchst Ihrer überhoheitlichen Stellung.

Ew. Königlichen Hoheit

Unterzeichnet sind von biefigen Geistlichen, außer dem Dr. Jonas, Sydow, Marot, Schweder, W. Müller, G. Visco, Platz, Eysenhardt, Dahms, Weilting, ferner viele Geistliche aus Magdeburg, Breslau, eine sehr große Zahl Abgeordneter, unter denen wir nur folgend hervorheben wollen: Lette, Grabow, Brämer, Ritter, Schalke, Kübel, Oberstleutnant v. Biene, Piechel, Karsten, Häbler, Maymacher, Jordan, Beipke, Scheller, Diesteweg, Hartkort, Taddel, v. Ammon, Elsstein, Jacob Schulz (Kreisgerichts-Direktor), v. Bockum-Dolfs, v. Sänger, beide v. Saucken, v. Arnim, v. Kries, Naumann (Posen), Kruse, v. Beugbem, Stroh, Leue. Von biefigen Unterzeichneten führen wir noch an: Justizrat Ulert, Kammergerichtsrath Buddee, Prof. Rudolf, Buchhändler Göttinger, Fabrikbesitzer C. Goldschmidt, Rittergutsbesitzer Röder, Stadtschulrat Schulze, Schulvorsteher Marggraff, Geheimer Sanitätsrath Ewald, R. Rath Franz, Major a. D. Nobiling.

\* [Antwortschreiben des Papstes an den Erzbischof von Köln.] Die Adresse der katholischen Bischöfe Preußens an Se. R. H. den Prinz-Regenten war durch den Erzbischof von Köln in Abschrift auch dem Papste mitgetheilt worden. Der Erzbischof hat nun, wie schon gestern erwähnt, ein päpstliches Schreiben erhalten das nach dem „Westf. M.“ lautet, wie folgt:

Wir auf das Beste davon überzeugt waren, daß Du, gelebter Sohn, nur mit dem größten Schmerz Deines treuen Herzens die vermeindliche Wühlerie jener Menschen vernebst, die da, in ihrer großen Stube, Unrehe und dieses Stuhles weltliche Herrschaft in wahrhaft gottesläubrichem Wagnisse zu bekämpfen, an sich zu reißen und zu vernichten bemüht bist, — so hast Du dieses nun auch durch Dein unter dem 8. des vergangenen Monats Dezember an Uns gerichtetes sehr liebevolles und ergebenes Schreiben, das uns inmitten der schwersten Drangsalen und Bitterkeiten, unter denen wir leiden, zu überaus großem Troste gereicht, wirklich bestätigt. Denn es läßt Treue und Frömmigkeit und jener fürwahr vorzügliche Eifer erkennen, von dem Petrus so lebhaft belebt ist, wie das allerding auch die Kardinalswürde, mit der Du nach Verdienst geschmückt bist, durchaus erfordert. Demgemäß hast Du denn auch nicht nur nach unserem Wunsche für die Anordnung öffentlicher Gebete in Deinem Erzbistum Sorge getragen, sondern auch die im Konzilium von Uns gehaltenen Ansprüche, so wie Unser Konsulat Deiner Diözese zur Kenntnis gebracht. Sodann hast Du auch ferner noch ein von Dir und allen Bischöfen des Königreichs Preußen mit gemeinsamer größter Bereitwilligkeit und mit gleichem Eifer unterzeichnetes Schreiben an den Allerdurchlauchtigsten Prinz-Regenten des Königreichs eingefandt, und darin in Gemeinschaft mit jenen Bischöfen, unseren ehrwürdigen Brüdern, die in einigen unserer Provinzen von Gottlosen Menschen bereits verübt gottesläubrichen Frevelthatten auf das Entschiedenste verworfen, so wie dabei zugleich noch an den Allerdurchlauchtigsten Prinz-Regenten die angelegteste Bitte gerichtet, daß er auf dem zu Paris abzuhalgenden Kongresse durch den preußischen Gesandten mit allem Nachdruck auf der unverlegten Erhaltung und Bewahrung der Rechte wohl Unserer geistlichen, wie weltlichen Gewalt zu bestehen gerufen möge.

Die Uns von Dir überlandte, in deutscher und französischer Sprache verfaßte Abschrift dieses Schreibens haben Wir mit dem größten Vergnügen entgegen genommen, und Wir können es Dir, geliebter Sohn, kaum mit Worten ausdrücken, mit wie großer Freude Uns Dein und Deiner ehrwürdigen Mitbrüder höchst lobenswerthes Verfahren erfüllt hat, das dasselbe Uns auf das Deutsche zeigt, wie sehr Dir und jenen Bischöfen die kräftige und standhafte Vertheidigung Unserer und des apostolischen Stuhles Rechte am Herzen liegt. Deshalb beauftragen Wir Dich, diese Unsere Gesinnung auch jenen Bischöfen kundzugeben zu wollen, ihnen in Unserem Namen dazu mit anerkennenden Worten nachdrücklich Glück zu wünschen und dabei die Mittheilung zu machen, daß Wir ihnen und den ihren Obsorge anvertrauten Gläubigen mit der ganzen Liebe Unseres Herzens den apostolischen Segen erbtheilen. Da nun aber Du die Erzweite des wahrhaft verabscheunungswürdigen Krieges, der in diesen überaus traurigen Zeiten gegen Christus und seine heilige Kirche auf das Betreiben gottloser Menschen herausbeschworen worden ist, recht wohl zu bemessen verstehst, so zweifeln Wir nicht, daß Du, geliebter Sohn, von dem Beistand des Himmels unterstützt, bei Deiner vorzüglichen Gesinnung und in Deinem bischöflichen Eifer mit noch größerer Kraft fortfahren mögest, den guten Kampf des Glaubens zu kämpfen, die Sache der katholischen Kirche furchtlos zu vertheidigen, mit Umsicht und Weisheit für das Heil Deiner Herde zu sorgen, den Feindeligen Menschen aufzudecken, ihre Zerthümer zu widerlegen und ihre Angriffe zurückzuweisen. Schließlich ist Uns fürwahr nichts angenehmer, als auch diese Gelegenheit zu benutzen, um Dir von Neuem das vorzüglichste Wohlwollen, mit dem Wir Dich umfassen, bezeugen und beträchtigen zu können, und so wollen Wir denn auch, daß ein Unterfangen Unserer überaus geprägten und gnädigsten Gesinnung gegen Dich der apostolische Segen sein soll, den Wohl aus innerstem Herzengrunde, Dir selbst, geliebter Sohn, allen Geistlichen Deiner Kirche und allen Deinen Gläubigen in Liebe hiermit erbtheilen. Gegeben zu Rom bei St. Peter am 2. Januar des Jahres 1860, Unseres Pontifikates im vierzehnten.

[Rechtsentscheidungen.] Das Justizministerialblatt enthält ein Erkenntnis des Obertribunals vom 28. Oktober v. J., wonach die Frage, ob der des Holzdiebstahls Schuldige, der sich im vierten oder ferneren Rückfälle befindet, nicht nach dem Strafgesetzbuche, sondern nach dem Holzdiebstahlsgesetz vom 2. Juni 1852 zu entscheiden ist; ferner ein Erkenntnis desselben Gerichtshofes vom 4. November v. J., wonach die Rathsammer, d. h. diejenige Abtheilung des Gerichts, welche über die Gründung einer Untersuchung zu beschließen hat, sодал sie einen strafbaren Thatbestand als vorliegend erachtet, den Gründungsbeschluß sofort nach derjenigen rechtlichen Auffassung, welche sie für begründet hält, erlassen muß, wenn auch der Staatsanwalt in seiner Anklageschrift die That von einem anderen rechtlichen Gesichtspunkte aufgefaßt haben sollte.

[Theatersubsection.] Dem Vernehmen nach, meldet die „B. B. 3.“, ist der Direktor des Stadttheaters in Stettin, Hein, höchsten Orts um eine Unterstützung seiner Anstalt eingeflossen und hat Aussicht, eine solche aus dem Kronideikommiss zu erhalten. Ursache ist, daß grade das Stettiner Theater der königlichen Bühne schon eine Menge tüchtiger Kräfte geliefert hat und so gleichsam als eine Art Vorschule derselben erscheint. (Die „Menge tüchtiger Kräfte“ ist doch an dem Berliner Hoftheater wahrlich nicht so überaus groß — die B. B. 3. braucht ja nur ihre eigenen Theaterrreferate zu vergleichen — und also die dorthin geflohmene Zahl noch kleiner. Das könnte daher wohl der Grund für die in Aussicht gestellte Bevorzugung schwerlich sein. D. Red.)

Breslau, 2. Februar. [Verkehrsstörungen.] Das gestrige Schneetreiben, welches Nachmittags begann und bis in die Nacht hinein dauerte, hat auch störenden Einfluß auf den Eisenbahn- und Postverkehr ausgeübt. Der gestrige Schnellzug aus Oberösterreich versäumte eine halbe Stunde und langte erst um 9 Uhr 30 M. hier an. Ebenso versäumte sich der Abendzug aus Stettin nicht unerheblich, indem er erst kurz nach 11 Uhr Abends eintraf. Der um 6 Uhr früh fällige Güterzug kam eine halbe Stunde später an, dagegen ist der Schnellzug aus Berlin zur reglementsmaßigen Zeit eingetroffen. — In der Gegend von Trebnitz und Kath. Hammer soll übrigens schon so viel Schnee gefallen sein, daß er mehrere Fuß hoch die Landstraßen bedeckt, in Folge dessen wahrscheinlich auch der Postenlauf gestört ist, da die Krotoschiner Post, die sonst um 5½ Uhr früh hier ankommt, bis um 8½ Uhr noch nicht eingetroffen war. Auf der Freiburger Bahn sind bis jetzt noch keine Versäumnisse vorgekommen.

Breslau, 3. Februar. [Petition in Betreff der Schulregulatur.] Eine zahlreiche Versammlung hatte sich auf die durch die hiesigen Zeitungen erlassene Einladung gestern Abend im Springer'schen Saale eingefunden, um über einen in Bezug der „Schulregulatur“ bei dem Hause der Abgeordneten vorzunehmenden Schritt zu berathen. Der Rechtsanwalt Fischer eröffnete die Sitzung und schlug den Prof. Branick zum Vorsitzenden vor. Dieser gab, von der Versammlung einstimmig angenommen, einen kurzen Bericht über die Entstehung einer Petition, welche darauf vom Diakonus Hesse vorgetragen ward und dahin geht: das hohe Haus zu erluchen, es möge bei der hohen Staatsregierung auf die baldige Vorlage eines Unterrichtsgesetzes hinwirken, welches in dem Artikel 26 der Verfassung zugesichert, und dessen bisheriges Fehlen eine Lücke in unserer Gesetzgebung sei, wofür die Regulatur keineswegs einen Erfolg dafür böten. Dieselben wären überdies gegen die verfassungsmäßige Bestimmung erlassen, und es sei, ohne ihre guten Seiten zu erkennen, wegen des in ihnen waltenden Geistes ihre Entfernung zu wünschen. Die Versammlung trat der Petition insgesamt bei und bestätigte dies durch sofortige Unterzeichnung. (Schl. 3.)

— [Berichtigung.] Der aus der „Schl. Btg.“ in Nr. 28 unserer Btg. übernommene Artikel mit der Überschrift: „Bestialität, nicht Brutalität“, wird von demselben Blatte nach amtlichen Ermittlungen dahin berichtiggt, daß der gemeldete Vorfall nicht vor einigen Tagen, sondern schon im Jahre 1857 und auch in wesentlich anderer Weise stattgefunden hat. Es läßt sich hiernach die Glaubwürdigkeit der Lokalkorrespondenten des genannten Blattes ermessen, denen es häufig nur darum zu thun zu sein scheint, um jeden Preis Neuigkeiten, seien sie auch längst antiquiert, zu kolportiren.

Bonn, 2. Februar. [Arndt's Leichenbegängnis.] Gestern Nachmittag 3½ Uhr bewegte sich ein unabsehbarer feierlicher Trauerzug durch die Straßen unserer Münsterstadt, um die irdischen Theile unsers theuren Vater Arndt dahin zu geleiten, wo sie unter den Kronenweigen der lange dazu aussergewöhnlich schlanken Eiche, nahe den Gräbern seines Freundes Niebuhr und vieler ihm vorangegangenen hertlichen Männer, ruhen sollen. Zahlreiche Deputationen von Behörden und Vereinen waren herbeigeeilt, um an der wehmuthsvollen Feier Theil zu nehmen. Die eingeladenen Militär-, Zivil- und städtischen Behörden von Bonn und Köln, und die Lehretfolgen hatten sich im Trauerhause versammelt und umstanden hier den von den Verehrern und Verehren-

innen des vaterländischen Dichters mit zahlreichen Kränzen geschmückten Sarg. Nach dem Eintreffen des Juges der Professoren und Studirenden der Universität setzte sich das Trauergeste in Bewegung. Dem Leichenwagen folgten die nächsten Leidtragenden mit den Geistlichen, der aus Koblenz herübergekommene Oberpräsident der Provinz, v. Pommersche, der akademische Senat und hierauf die eingeladenen Behörden, Geistlichen und Lehrer. Unter den folgenden Vereinen bildeten einen schönen Gegenfaß die freien Häupter des Bonner Veteranenvereins und die jugendlichen Gestalten der herbeigeeilten Vertreter verschiedener rheinischer Turnvereine. Der Mann, den sie zu Grabe geleiteten, war jung gewesen mit den Kriegsgenossen, deren nur wenige ihn noch überleben, und hatte mit ihnen die alten Erinnerungen stets erneuert und so lebendig erhalten, daß er auch den Jünglingen, wenn Turnfahrten sie die Gebirgsauer des Rheines hinaufführten, eine Thilnahme und eine unsägliche Liebe in ihrem Herzen erworb. Die Studirenden der Universität folgten ebenfalls mit ihren Fahnen und im Schmucke ihrer Verbindungsfarben; diesmal, wie seit Jahren nie, aller trennenden Parteien vergessend, und Ehrendeputationen verschiedener fremder Universitäten (man nannte uns besonders die Göttinger und Heidelberger) in ihrer Mitte. Ganz Bonn schien gegenwärtig, und auch aus benachbarten Städten, z. B. Köln, waren viele einzelne Vertreter des „deutschesten der Deutschen“ herbeigeeilt. Am Grabe unter der Eiche angekommen, hielt Pfarrer Wiesmann eine einfache, herzliche und zu Herzen gehende Rede, wie sie der Stimmung der zahlreichen Anwesenden am besten entsprach. Ein schönes geistliches Lied, welches am Grabe von einem Sängerchor unter Leitung des Universitätsmusikdirektors Dr. Breidenstein gesungen wurde, von dem verblichenen ehrwürdigen Dichtergreise selber gedichtet, bildete den Schluss der Feier. Noch lange, als die letzten Schüsse der kriegerischen Ehrensalven des Veteranenkorps schon verhallt waren, drängten sich Freunde, Männer und Jünglinge herzu, um jeder eine Handvoll Erde hinabzuwerfen. Mögen die Gebeine sanft ruhen; der Geist wirkt in unzählbaren Herzen fort! (K. 3.)

Danzig, 2. Februar. [Marine.] Zum 1. April d. J. wird von den größeren Schiffen die Korvette „Danzig“ auf 6 Monate in Dienst gestellt werden, um zur Ausbildung von Kadetten, Schiffsjungen und den zur Komplettirung der Besatzung erforderlichen jüngeren Matrosen kleine Fahrten auf der Ostsee zu machen. Die Fregatte „Gefion“ wird dagegen nach vollendeter Reparatur zu einer größeren Reise reservirt bleiben. (D. D.)

Glog, 1. Februar. [Berutheilung.] Vor der Kriminaldeputation des hiesigen l. Kreisgerichts wurde in der am 30. d. M. abgehaltenen Sitzung der Landrat des Neuroder Kreises, Graf Valerian Pfeil, wegen thätlicher Mißhandlung des Zimmergesellen Haut und des Försters Volkmar aus Wünschelburg zu einer Geldbuße von 100 Thlr. im Unvermögensfalle zu einer sechswöchentlichen Gefängnißstrafe verurtheilt. Der Andrang zu dieser Sitzung war so groß, daß der beschränkte Raum des kleinen Gerichtssaales das Publikum nicht zu fassen vermochte.

Köln, 2. Februar. [Dombau.] Für den Dombau, der jetzt bis zur Ausführung des Daches vorgeschritten, betrugten die Beiträge vom 1.—30. Jan. d. J. 2855 Thlr.

Königsberg, 2. Februar. [Abschaffung der Prügelstrafe.] Wie der „K. Tel.“ vernimmt, ist vor einigen Tagen ein Reskript des Grafen Schwerin an die hiesige Regierung gelommen, in welchem derselben eröffnet wird, daß die bisher zulässige disziplinarische Prügelstrafe der Polizeigefangenen, so wie die Anwendung des Zwangstuhles beim weiblichen Geschlecht, fortan in Wegfall kommen sollen.

Münster, 1. Februar. [Erzbis.] Vor einigen Tagen, schreibt man der „Rh. u. Ruhr-Ztg.“ von hier, geriethen einige Studenten der hiesigen Akademie (Rhenanen) des Abends auf der Straße in einen Streit mit einem Unteroffiziere der Artillerie, welcher sich in Folge dessen Seines Seitengewehrs bediente und einem der Studenten so schwere Verwundungen beibrachte, daß derselbe vorgestern Abend denselben erlegen ist. Der Thäter ist bis jetzt nicht ermittelt. Der Gestorbene ist aus Grevenbroich bei Neuss.

Stettin, 3. Februar. [Begnadigung.] Der im vorigen Jahre vom Schwurgericht zu Naugard wegen Raubmordes an dem Butterhändler Hinze aus Altdamm zum Tode verurtheilte Böttcherlehrling Dingel ist von Sr. K. H. dem Prinz-Regenten zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt und am 26. v. M. an die Strafanstalt zu Naugard abgeliefert worden. (N. St. 3.)

Oestreich. Wien, 2. Februar. [Gerüchte über eine Reichsverfassung; Theaterzensur; Verwarnung.] Immer stärker tritt ein Anfangs nur leise geäußertes, dann aber von mehreren Seiten bekräftigtes Gerücht auf, daß man nämlich in den hohen und höchsten Kreisen mit dem Entwurf einer Reichsverfassung beschäftigt sei. Neuerlich unterstützt wird dieser Glaube durch den Umstand, daß gerade jetzt ungewöhnlich lebhafte Berathungen sowohl in den Ministerien als in der Hofburg stattfinden, und daß in Kreisen, die als wohunterrichtet gelten dürfen, eine auf breiter Basis ruhende allgemeine Landesvertretung für eine unabsehbare Nothwendigkeit gehalten wird. Venetien und Ungarn sind dabei die einzigen Schwierigkeiten. Für das letztere hat man freilich einen nicht nur den Interessen der Monarchie, sondern auch den Wünschen dieses Kronlandes entsprechenden Plan bereitet; wie aber das grade jetzt so heftig widerstreitende venetianische Gebiet in den neuen Gesamtbau des Reiches eingefügt werden soll, darüber scheint man noch nirgends zu einem ausführungsähnlichen Entschluß gelangt zu sein. Unter der Voraussetzung, daß die Annexion Centraliens an Sardinien zu Stande kommen wird, ist hier bereits mit der Frage angelockt worden, ob man, bei der jetzigen Finanzlage Oestreichs und den voraussichtlich noch immer wachsenden Verlegenheiten, welche Italien dem Kaiserstaate bereiten wird, nicht geneigt wäre, diese unsichere Provinz an Sardinien zu verkaufen. Man hat aber bisher noch nicht gewagt, diesen Antrag an höchster Stelle überhaupt nur laut werden zu lassen. Der grade und bieder Deutschnostreicher meint, daß es schon ein Gewinn wäre, die Italiener los zu werden, daß man also, wenn gar noch gutes Geld dafür zu bekommen wäre, mit beiden Händen zugreifen müsse. — Was unsere inneren und speziell die Wiener Zustände betrifft, so zeigt sich ein wunderlicher Kontrast zwischen den neuerdings abgezitterten allgemeinen liberalen Grundlagen (Gewerbegebot usw.) und

der in einzelnen Fällen bemerkbaren Handhabung der Polizeigewalt. So ist z. B. die Theaterzensur jetzt strenger geworden, als je zuvor. Die neueste Probe davon liefert die Beurtheilung von Berg's (Ehrenberg's) eben eingereichtem Lustspiel „Wölfe im Schafspelz“. Die Zensur hat darin nicht weniger als einige 90 Stellen und außerdem eine ganze Figur beanstanden. Bei der letzteren, welche in der Person eines Doktors der Rechte eine Art von Kartusche darstellt, bemerkte die Zensur, daß man sie auf der Bühne nicht dulden könne, weil damit offenbar ein „Jesuit“ gezeichnet sei. Ehrenberg hat dem Polizeiminister v. Thierry eine Vertheidigungsschrift eingereicht, in welcher er ausführt, daß er einen „Heuchler“ habe darstellen wollen, ohne dabei im Mindesten an einen „Jesuiten“ zu denken; wenn nun eine hohe Behörde einen Heuchler mit einem Jesuiten identifizire, so sei er doch überzeugt, daß Niemand im Publicum den trefflichen Orden für das Urbild eines solchen halten werde. In einem andern Falle scheint Herr v. Thierry den Klerikalen gegenüber mehr Festigkeit zu behaupten. Der bekannte Sebastian Brunner, Redakteur der Wiener Kirchenzeitung, der sich bisher ungemein die maßlosesten persönlichen Angriffe erlauben durfte, für die jedes andre Blatt die Strenge des Gesetzes hätte fühlen müssen, hat endlich (l. gestr. Stg.) eine „Verwarnung“ erhalten. Er weigert sich aber, sie, wie es Vorschrift ist, in seinem Blatte abdrucken zu lassen, da kein Gesetz in diesem Punkte bestehe; er nimmt überdies, wie man aus guter Quelle berichtet, seine ganze hohe Gönnerschaft in Anspruch, um die Verwarnung rückgängig zu machen. Er wird aber, wie Eingeweihte versichern, nicht durchdringen, sondern die Verwarnung behalten und auch abdrucken müssen. Es wäre dies, nach den höchst auffallenden Resultaten verschiedener Prezprozeß gegen Sebastian Brunner, ein Ereignis in der österreichischen Presse. (Pr. 3.)

— [Tagesnotizen.] Durch Kaiserliche Entschließung vom 24. v. M. ist das am 30. Jan. 1859 erlassene Verbot der Pferdeausfuhr aufgehoben, mit Ausnahme der Ausfuhr nach Piemont, Toscania, Modena, Parma und der Romagna. — Die beiden, von der „Novara“ nach Oestreich gebrachten Neuseeländer, welche in der f. f. Staatsdruckerei die Buchdruckerkunst erlernten, machen ganz gute Fortschritte, besonders der Ältere von ihnen, der „Tätowir“, wie er gewöhnlich genannt wird. Man röhmt ihnen eine außerordentliche Witzbegierde nach. Dem Vernehmen nach hat der Kaiser den Wunsch ausgesprochen, daß ihm die Neuseeländer vorgestellt werden. Im April werden dieselben mit einer kleinen Druckerei und allen dazu nötigen Utensilien nach England gebracht, um von dort aus in ihr Heimatland überschiff zu werden. — Für die Sicherheit gegen Feuerungsgefahr ist im f. böhm. ständ. Theater zu Prag jetzt die größte Fürsorge getroffen. Es befinden sich an verschiedenen Punkten, sowohl auf der Bühne, als im Zuschauerraum, sechs neu konstruirte Feuerpritzen aus der Fabrik des Hrn. Ringhofer, welche sowohl den Zuschauerraum, als die Bühne von allen Seiten bestreichen können und bei denen die Feuerwehr stets zur Bedienung bereit steht. Ferner wird an der neuen feuerfesten Kurtine aus der Fabrik des Hrn. Brosche gearbeitet, welche bei einem auf der Bühne entstehenden Feuer sogleich herabgelassen werden kann und so den Zuschauerraum von der Bühne gänzlich scheidet, wodurch sich das Publikum mit der größten Sicherheit entfernen kann.

— [Die Lage der Presse.] Am 29. d. wurden die „Neuesten Nachrichten“ mit Beschlag belegt, angeblich, weil das Blatt ausgesprochen hatte, was seit Langem die Späßen auf den Dächern pfeiften, was auch schon wiederholt in anderen Zeitungen, mehr oder minder unumwunden gesagt worden ist: daß es nur einen Weg giebt, um den Staat aus all den Wirrsalen, in denen er steckt, herauszubringen; jetzt hört man, daß Blatt habe sogar eine Verwarnung, die zweite, dafür erhalten. Das Wort „Neubau“ ist seit Jahren ein täglich gehörtes, vor sechs Monaten wurde es förmlich legalisiert, jeder Oestreicher aufgefordert, nach Kräften an der Befreiung der ererbten Nebelstände mitzuwirken, und wenn sich jemand erlaubt, in aller Bescheidenheit (das ist natürlich anzunehmen!) einen Bauplan vorzulegen, so wird ihm das Vertrauen gefürgt, er mit einem Maulorbe bedroht. Allerdings hat Herr Rauchher gesagt, eine Konstitution passe nur für England, und Rauchher ist — der größte Staatsmann Oestreichs, wie der f. f. Botschafter in Rom gesagt haben soll. Aber es ist im letzten Halbjahr schon manches geschehen, was der „größte Staatsmann“ verabscheuen muß, ja noch mehr, es ist allbekannt, daß man gern eine Reichsverfassung hätte, und nur nicht weiß, wie man sie am Besten einführen soll. Auf der andern Seite ist auch Herr Sebastian Brunner verwant worden, welcher in der letzten Zeit sehr freigebig mit Phrasen war, wie: man werde schon sehen, wohin die Begünstigung der Juden führe, das gedrückte Christenvolk werde sich endlich selbst Recht schaffen und dergleichen mehr. Anstatt nun den andern Blättern die Freiheit zu lassen, dem Fanatiker nach Gebühr den Mund zu stopfen, übernimmt das die Regierung selbst, und bleibt ihm Grund, sich wieder als bedrangten Priester, als Märtyrer des Christenthums usw. hinzustellen, was geschieht, so oft seinen Extravaganten eine Schranke gesetzt wird. Die Lage der Presse ist unter solchen Verhältnissen, wie Sie sich denken können, ungemein heiter. Die „Presse“ wagt schon seit längerer Zeit kaum noch, ein leidloses Wort über innere Angelegenheiten zu äußern, weil das Damoflesschwert über ihrer Haupt hängt, und die übrigen schmiegen und winden sich, um nicht in die gleiche Gefahr zu kommen. Alle Welt schaut sehnsuchtsvoll nach Hübner aus, mit welchem bekanntlich Unterhandlungen im Zuge sein sollen. Aber wird er wieder eintreten wollen in ein Ministerium Reichberg-Goluchowski? (N. 3.)

— [Die Landesvertretung in Tirol.] Die Tiroler Landesverfassungskommission hat ihre Verhandlungen sehr kurz und rasch beendet und man erhält aus ihnen ein Bild von dem, was in maßgebenden Kreisen dem Lande als „Landesvertretung“ künftig etwa geboten werden soll. Man ist hier von den Resultaten sehr wenig erbaut und die „Ostd. Post“ leistet der schlecht befriedigten öffentlichen Meinung eine herbedte Stimme. Wir lassen hier den Artikel im Auszuge folgen. Die „Ostd. Post“ sagt: „Es tritt in den Innsbrucker Verhandlungen zuerst die unangebrachte überraschende Thatfrage hervor, daß die Landesvertretung nach einer streng abgeschlossenen, fast abgezirkelten Sonderung der alten vier Stände, nämlich der Geistlichkeit und des Adels, der Bürger und der Bauern konstituiert werden soll. Nun muß aber ein einziger unbefangener Blick in das heutige Volksleben zeigen, daß diese alten Stände, wenn man etwa den Klerus ausnimmt, jetzt nicht mehr so gesondert sind, wie sie es waren, so lange die mittelalterlichen Institutionen herrschten. Es widerspricht dem geläuterten Begriffe des Rechtsstaates, in der politischen Sphäre Stände und demgemäß Ständeinteressen vertreten zu lassen. Es gibt heutzutage nur eine berechtigte Vertretung, nämlich die Vertretung der

Geistlichkeit und des Adels, der Bürger und der Bauern konstituiert werden soll. Nun muß aber ein einziger unbefangener Blick in das heutige Volksleben zeigen, daß diese alten Stände, wenn man etwa den Klerus ausnimmt, jetzt nicht mehr so gesondert sind, wie sie es waren, so lange die mittelalterlichen Institutionen herrschten. Es widerspricht dem geläuterten Begriffe des Rechtsstaates, in der politischen Sphäre Stände und demgemäß Ständeinteressen vertreten zu lassen. Es gibt heutzutage nur eine berechtigte Vertretung, nämlich die Vertretung der

Interessen. Nun wird aber gewiß Niemand zu behaupten wagen, daß bei der heutigen Entwicklung des gesamten Staats- und Volkslebens, bei dem eng verwobenen Nexus der gemeinsamen bürgerlichen Thätigkeit die Interessen des Volkes und der Regierung, d. i. die Staatsinteressen, nach Ständen gesondert und gegliedert seien. Die politischen Interessen sind gemeinsame und daher soll auch die Vertretung eine gemeinsame sein. Da die Kirche und ihre Dienen durch das Konkordat eine selbständige Stellung im Staate erlangt haben und der weltlichen Gesetzgebung entzogen sind, so können sich die Landesvertretungen mit eigentlich kirchlichen und klerikalen Interessen gar nicht beschäftigen. Konsequenterweise hätte also der Klerus als solcher gar kein Recht auf Sitz und Stimme in den Landtagen. Es können wohl einzelne Kleriker beigezogen werden, insofern sie Grundbesitz und Intelligenz vertreten. Dann repräsentieren sie aber selbstverständlich keinen eigenen abgeschlossenen Stand, sondern zählen mit zu den übrigen Grundbesitzern und Kapazitäten. Der Adel bildet in einem Rechtsstaat, wo Gleichheit vor dem Gesetz herrscht und die Privilegien, die alten jura quae sita der mitregierenden Dynastien aufgehoben sind, keinen besonderen politischen Stand. Die Adelsmatrikel allein kann daher kein Recht der Landständesaft gewähren; man müßte denn zugeben, daß der Adel nicht Landes, sondern Standesinteressen vertreten dürfe. Für diese, wie hochgeachtet sie auch sein mögen, ist aber doch in der Landesvertretung kein Platz, sie können etwa in Adelskammern gewahrt und gefördert werden. Der Adelige hat so wie jeder andere Bürger nur dann ein Recht auf politische Aktivität in der Landesvertretung, wenn er wirkliche Landesinteressen zu vertreten im Stande, wenn er Grundbesitzer, Industrieller, Gelehrter ist. Nur als solcher, nicht speziell als Adeliger, kann er rechtmäßig im Landtag sitzen, und darum braucht er auch keine durch das Gesetz privilegierte besondere Adelsbank. Was die Bürger und Bauern betrifft, so untercheiden sie sich offenbar nur dadurch, daß die Einen vorwiegend Gewerbe, die Anderen Ackerbau treiben. Die Aufhebung der Untertänigkeit hat die eine Schranke gebrochen, die Gewerbefreiheit wird die andere befreiten. Die Stadt wird mehr, als es schon jetzt geschieht, auf das Land und das Land in die Stadt übergedreht. Hier, wo das wirkliche Leben nur die große Menge des für eisander arbeitenden Volkes erblicken läßt, scheint es uns ganz besonders ungewöhnlich, eine ständische Trennung zu singen. Unires Erachtens würden überhaupt die Landesvertretungen vom Leben losgelöst werden, wenn in denselben Unterschiede künstlich fixirt würden, die im praktischen Leben entweder gar nicht mehr vorhanden, oder doch sicher nicht mehr politisch berechtigt sind."

— [Die ungarnische Deputation und das Patent.] Die amtliche "Wiener Zeitung" bringt über die schon mehrmals erwähnte ungarnische Deputation folgenden Artikel: "Bei dem Interesse, welches im In- und Auslande in Folge des Allerhöchsten Patents vom 1. September v. J. der Entwicklung der inneren Angelegenheiten der evangelischen Glaubensgenossen beider Bekennisse in Ungarn zugewendet ist, haben die von hiesigen Zeitungen in den letzten Tagen gebrachten Nachrichten über eine zahlreiche Deputation, welche dem Bescheide über ein Gesuch um eine Audienz bei Sr. Majestät entgegensehe, die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch genommen. Es ist aus Zeitungsberichten längst bekannt, daß in den letzten Monaten aus verschiedenen Konventen die Absendung von Deputationen an Sr. Maj. beschlossen worden ist. In Folge dessen haben sich Geistliche und Weltliche beider Bekennisse aus verschiedenen Gegenden Ungarns am 22. d. in Wien eingefunden. Nach den von alter Zeit her bestehenden Vorschriften werden jedoch Deputationen von Sr. Maj. nicht empfangen, wenn nicht vorher im ordnungsmäßigen Wege die Allerhöchste Genehmigung ihrer Absendung eingeholt wurde, was in dem vorliegenden Falle nicht geschehen ist, obgleich jene Vorschriften den Betheiligten von den ungarischen Behörden in Erinnerung gebracht waren. Demnach ist auch denjenigen, welche sich gleichwohl als Deputirte nach Wien versügt haben, nicht in Aussicht gestellt worden, als Deputation vor Sr. Maj. erscheinen zu dürfen. Ueberdies konnten dieselben hier schon deshalb nicht als Deputirte ihrer Glaubensgenossen angesehen und behandelt werden, weil die fraglichen Konvente in Folge des Allerhöchsten Patentes vom 1. September v. J. nicht mehr berechtigt waren, Deputationen zu entsenden. Hingegen sind diejenigen aus ihnen, welche lediglich in ihrer persönlichen Eigenschaft die Minister und andere hochgestellte Personen zu sprechen wünschten, von denselben empfangen und ist ihnen volle Gelegenheit geboten worden, ihre persönlichen Ansichten und Wünsche bezüglich der Angelegenheiten ihrer Glaubensgenossen den Organen der Regierung gegenüber auszusprechen. So entschiedener wiederholt erläutert worden ist, daß die seit mehr als einem halben Jahrhundert vergeblich erwartete Regelung des Kirchenregimentes der evangelischen Glaubensgenossen beider Bekennisse in Ungarn nur auf dem durch das Allerhöchste Patent vom 1. September und die Ministerialverordnung vom 2. September v. J. vorgezeichneten Wege geschehen kann, desto mehr muß gewünscht werden, daß durch den persönlichen Verkehr mit Männern aus der Mitte jener Kreise, die bisher diesen Weg zu betreten Anstand genommen haben, zur Verhüting der Gemüthe beigetragen und dadurch die in dem neuesten Erlass des Kultusministeriums vom 10. d. bezeichneten Vorbereitungen zur Einberufung der Synoden befördert worden sein mögen. Es wäre wahrlich zu beklagen, wenn, nachdem die wohlwollenden Absichten Sr. Majestät in dieser Angelegenheit immer deutlicher und unverkennbarer zu Tage treten, der unerquickliche Streit über subtile Formfragen, welcher anfänglich durch die Erregung unbegründeten Misstrauens herausbeschworen wurde, unauflöslich fortgesetzt und so die Verwirklichung dessen verzögert werden sollte, was in gleichem Maße von den Betheiligten wie von der Regierung gewünscht wird, nämlich eine in allen Superintendenten auf gemeinsamer Grundlage beruhende Ordnung der herkömmlichen Presbyterialverfassung und eine dieselbe mit Allerhöchster Sanktion fortentwickelnde synodale Gesetzgebung." Die ganze Angelegenheit ist jetzt, nachdem der Widerspruch einer Anzahl von Konventen gegen das Patent keinen Erfolg gehabt, in eine Stufe der Entwicklung getreten, indem durch den oben erwähnten Erlass des Kultusministeriums mit der neuen Organisation der Gemeinden u. weiter vorzegangen wird. Es muß nun abgewartet werden, ob die bisherigen Proteste sich zu einem Widerstand gegen den Vollzug der neuen Organisation steigern, oder ob die Protestantenden nunmehr sich fügen werden.

Pesth, 25. Jan. [Der Magyarsmus und seine Freiheit.] Die "N. P. Z." läßt sich von hier schreiben: Wer unsere Stadt auch nur erst vor einigen Monaten gesehen hat, dürfte sie, hinsichtlich ihrer Bewohner, jetzt kaum noch erkennen. Alles bestrebt sich jetzt, magyarisch zu sein, und behält dies nicht nur in der Sprache, sondern auch in der Tracht, im Benehmen, in der Musik, im Tanze und sogar auch im Essen und Trinken, indem in den Gasthäusern nur die mit Paprika (einem starken pfefferartigen ungarischen Gewürze) zubereiteten Speisen verlangt werden. Und das geschieht in einer Stadt, deren Bewohner überwiegend deutscher Abkunft sind und die ihren Wohlstand und ihr Wachsthum größtentheils deutchem Fleische und deutscher Industrie zu verdanken hat. Diese magyarischen Kundgebungen wären noch gewissermaßen verzeihlich, wenn sie lediglich auf Patriotismus gegründet wären; leider aber ist hier weit mehr kleinlicher, aus Neid und Missgunst entstandener Nationalhaß im Spiele, der hier von jeher gegen die Deut-

schen gehegt wird, in neuester Zeit aber von einer gewissen Partei zur Förderung ihrer Zwecke frisch aufgestachelt wurde. Daher kommt es, daß man im ungarischen Nationaltheater alle Sprachen der Welt, nur nicht die deutsche hören will; daß man auf Bällen alle fremden Tänze von der Quadrille bis zur Polka, nur nicht den Walzer duldet; daß man hier in allen ausländischen Trachten, nur nicht mit Zylinderhut und im Frack erscheinen darf. Aber die Sache wäre, so abgeschmackt sie auch sein mag, doch noch erträglich, wenn man sie nicht mit einem wahren Terrorismus durchsetzen wollte. Feder, der diesem Treiben nicht huldigt, ist den größten Insulten ausgesetzt. So geschah es z. B., daß letzten Sonntag zwei fremde Herren aus Deutschland, welche harmlos das ungarische Theater besuchten, aber im Zylinderhut erschienen und sich etwas laut in deutscher Sprache unterhielten, von mehreren Leuten angefallen und thäglich mishandelt wurden, und es wäre ihnen noch schlimmer ergangen, wenn die Polizei nicht zu ihrer Rettung eingeschritten wäre. Vergleichene Scenen sind fast an der Tagesordnung, und Alles in Allem glaubt man sich jetzt hier, so malerisch die Trachten sich auch ausnehmen mögen, dorthin versezt, wo die gebildeten europäischen Sitten aushören. Zu bemerken ist, daß ein Theil der hiesigen sogenannten Reformjuden (wohl zu unterscheiden von den altgläubigen Juden) trotz der Begünstigungen, welche ihre Nation erst neuerlich von der Regierung erhielt, an dieser deutschfeindlichen Richtung eifrig Theil nimmt. Sie scheinen vergessen zu haben, daß im Jahre 1848 unter der Rossuth'schen Regierung sie der Pöbel mit Stumpf und Stiel vertilgen wollten, und sie nur durch das Einschreiten des kaiserlichen Militärs vom sichern Verderben gerettet wurden.

Bregenz, 30. Jan. [Militärisches.] Das hier garnisonirende erste Bataillon der Kaiser-Jäger erhielt in den letzten Tagen durch eine eingetroffene Ordre Marschbereitschaft; man vermutet, daß in der nächsten Zeit durch Anordnungen des obersten Militärturmscommando's größere Truppenzusammenzüge in Tyrol erfolgen werden. (R. C.)

**Bayern.** München, 2. Febr. [Militärisches; Todessall; Pferdeverkauf.] In der Kriegsverwaltung herrscht, der Südd. Ztg. zufolge, große Rübrigkeit; so wurde dieser Tage die Lieferung von 3000 Ztr. Gewehrpulver an Private vergeben, welche sich verpflichten mußten, dieses beträchtliche Quantum sobald als nur möglich zu beschaffen. In der königlichen Gewehrfabrik zu Amberg wird Tag und Nacht gearbeitet, eine Dampfmaschine ist aufgestellt, um die Anfertigung von 50,000 neuen gezogenen Gewehren in der kürzesten Frist zu ermöglichen. — Die Witwe Jean Paul's ist hier in einem Alter von 83 Jahren ruhig entschlafen. — Bei einer neulichen Versteigerung der überzähligen Militärpferde bemerkte man, wie die "N. M. Z." berichtet, eine ziemlich große Zahl fremder Käufer, meist Italiener, die zum Theil der deutschen Sprache nicht mächtig waren. Die Pferde gingen zu hohen Preisen ab und kamen zur Mehrzahl in den Besitz der fremden Käufer.

**Baden.** Karlsruhe, 2. Febr. [Petitionen gegen das Konkordat.] Aus den Städten Eberbach, Weinheim, Bühl, Neckargemünd, Stockach, Eutingen, Bonndorf sammt den Gemeinden des Amtes Bonndorf, der Gemeinde Heddesheim und aus vielen anderen Ortschaften sind Petitionen an die Zweite Kammer eingereicht worden. Diese erklären sich gegen das Konkordat nicht als Protestanten, nicht als Katholiken, sondern als "Christen", und protestieren unter Anderm gegen die Aufhebung des Plazet, weil in einem wohlgeordneten Staate, wie unser Baden, nichts vorkommen dürfe, was der Landesfürst nicht wisse und genehmige; sie protestieren gegen die Nebvergütung der Hierarchie, welche ihre Disziplinarvorschriften und ihr Ehrerecht geltend machen will, weil daraus nur Zwietracht, Mißtrauen, Religionshaß entstehe; sie protestieren gegen die Errichtung von Klöstern, weil, was diese etwa jetzt für den Unterricht leisten können, viel besser und wohlfeiler jetzt durch Anstalten geschehe und sie als Erziehungshäuser die Kinder den Eltern entzünden und die Familien untergraben. Beigesetzt kann noch werden, daß es jetzt schon Leute genug gibt, welche aus Müßiggang und Bettel ein Geschäft machen. — Nach dem "Evangelischen Kirchen- und Volksblatt" hat der evangelische Ober-Kirchenrat die Beschwerden der protestantischen Professoren zu Freiburg (über die Gefährdung der Lehrfreiheit durch das Konkordat) für begründet anerkannt und die geeigneten Schritte gethan.

**Hamburg.** 1. Febr. [Senat und Bürgerschaft.] Die Bürgerschaft hat in ihrer letzten Sitzung eine Gesamtabschlußsitzung über ihre Verfassungsbeschlüsse vorgenommen und dieselben mit 143 gegen 22 Stimmen angenommen. Der Senat wird ohne Zweifel dieser großen Majorität Rechnung zu tragen haben und ist man allgemein auf dessen Antwort, wie weit er der Bürgerschaft nachzugeben geneigt ist, sehr gespannt. Dieselbe wird wahrscheinlich sehr davon abhängen, ob und welche Hülfe er in Berlin oder Frankfurt erhalten wird. Inzwischen hat er bereits einen andern Antrag an die Bürgerschaft gebracht, nämlich die Bewilligung der 360,000 Mark (144,000 Thlr.) zum Ausbau der Nikolaikirche, jedoch ohne den Thurm. Für diesen Bau sind bereits in verschiedenen Maien sehr bedeutende Summen bewilligt worden, weit über eine Million Mark, und fängt man allmälig an, über die außerordentliche Kostenspieligkeit dieses Baues unzufrieden zu werden, zumal die Ausgaben ursprünglich auf etwa nur die Hälfte veranschlagt waren. (B. Z.)

**Mecklenburg.** Rostock, 1. Febr. [Prof. Spitta +] Vor gestern starb hier nach langem Leiden der Ober-Medizinalrat Dr. Spitta, zweitältester Mitglied des Lehrpersonals der hiesigen Universität.

**Großbritannien und Irland.** London, 1. Febr. [Die "Times" über den Grandguillotschen Artikel.] Die "Times" beschäftigt sich heute mit dem Grandguillotschen Artikel, den der "Constitutionnel" der päpstlichen Encyclica gegenübergestellt hat, und nennt denselben eine "woblverlegte, klar geordnete, vernünftig begründete und augenscheinlich von der höchsten Autorität in Frankreich ausgegangene Staatschrift von hoher Wichtigkeit", welche von "den Cirkelschlüssen und umständlichen Auseinandersetzungen des päpstlichen Cirkulars" sehr vortheilhaft absteche. Zu der Stelle, wo von dem "Missbrauch der gesetzlichen Gewalten" die Rede ist, bemerkt die "Times": "Dies sind schwere und hochwichtige Worte; sie zeigen weit vollständiger, als die Erklärung des Kaisers, daß er keine Intervention zwischen dem Papste und dessen aufständischen Unterthanen dulden wolle, eine Wendung der französischen Politik an.

Seit der französischen Revolution haben die Souveräne römisch-katholischer Staaten so streng auf den Titel von Gottes Gnaden gehalten, daß sie darüber die Eifersucht verloren haben, mit welcher ebendem die Politik Ferdinand's und Isabella's, Philipp's II., Ludwigs XIV. und andere Pfeiler und Säulen der Kirche die Einmischung des Papstes in weltliche und geistliche Angelegenheiten überwachte. Nochmals erinnern wir unsere ultramontanen Staatsgenossen, daß diese Dinge nicht von einer protestantischen Feder geschrieben worden, und daß dieser Angriff auf die Grenzen der geistlichen und weltlichen Jurisdiktion Rom direkt von der Regierung derjenigen Nation ausgeht, auf deren Abhänglichkeit an den alten Glauben der Papst volles Recht hat, stolz zu sein."

— [Parlament.] In der gestrigen Unterhaus Sitzung flagte Hr. Lindsay über die schlimme Lage der englischen Rheederei, die er zum Theil aus dem Umstande herleitete, daß fremde Nationen, z. B. Frankreich und Amerika, die Liberalität der englischen Regierung schlecht erwiedert hätten. Namentlich nannte er das Verfahren der Amerikaner schäbig. Er verlangte, daß wenigstens eine Menge Abgaben und Plaktereien abgestellt würden, mit denen die englische Schiffahrt noch belastet wäre. Auch Digby und Seymour klagten über die fremden Differentialzölle. Auch Crawford, der selbst einen Antrag in petto hatte, sprach sich in ähnlicher Weise aus. Hr. Gibson meinte, da die Tonnenzahl der englischen Rheederei noch von Jahr zu Jahr zunehme, so müsse es um die englische Schiffahrt doch noch etwas alzu schlimm stehen. Eine augenblickliche Stockung wolle er nicht in Abrede stellen; diese fände sich aber ebenso gut in Amerika und rühe von allgemeinen Umständen her, gegen welche die Gesetzgebung ohnmächtig wäre. Der Lindsay'sche Antrag auf einen Untersuchungsausschuß wird angenommen. Mellor bat um Erlaubnis, eine Bill einzubringen, wodurch die Gesetze gegen Wahlbestechung verschärft würden. Im großen Publikum, sagte er, glaube man bis jetzt nicht daran, daß es dem Parlamente Ernst sei, die Bestechung auszurotten. Lord Palmerston gab seine bereitwillige Zustimmung. Sholefield erhielt Erlaubnis, eine Bill gegen die Verfälschung von Lebensmitteln einzubringen. Lord J. Russell teilte mit (wie schon telegraphisch gemeldet), daß Sir J. Hudson ohne besondere Instruktionen gehandelt, als er den König von Sardinien darauf aufmerksam machte, daß eine bewaffnete Gesellschaft, an deren Spitze nicht der König, sondern ein Anderer, Garibaldi, stehen solle, mit dem Begriffe einer Monarchie unverträglich sei. Garibaldi sei hierauf erachtet worden, den Posten nicht anzunehmen, und habe sogleich in höchst anständiger Weise willfahren. Er (Lord J. Russell) habe hinterher das Verfahren des englischen Gesandten in einem Privatbrief billigt.

— [Kleine Notizen.] Nach der Pariser Korrespondenz der "Times" glaubt man, daß der britische Gesandte am französischen Hofe die Weisung hat, gegen eine Verstärkung Sardiniens (Abtretung Savoyens an Frankreich), wenn dieselbe ernsthaft in Vorschlag gebracht werden sollte, mit Entschiedenheit protestiren. — In Sir William Ross, der am letzten Sonnabend zu Grabe getragen wurde, hat England seinen berühmtesten Miniatur-Portrait-Maler verloren. Er hatte zwar auch historische Bilder gemalt, und einer seiner Kartons war 1843 mit einem Preise von 100 Pfund bewehrt worden. Seine Stärke aber lag im Miniaturfache. Die Zahl der Portraits, die er in der königlichen Familie und in den Kreisen der Aristokratie gemalt hat, ist außerordentlich groß. Sie werden stets von hohem künstlerischen Werthe sein. Vor zwei Jahren, als er eben den Herzog und die Herzogin von Aumale mit ihren beiden Söhnen malte, wurde er durch einen Schlaganfall gelähmt. Er war 1793 geboren und wurde im Jahre 1833 Mitglied der Akademie und von der Königin in den Ritterstand erhoben. — In Mersey ist das Auswandererschiff "Endymion" in Feuer ausgegangen, doch wurden alle Passagiere gerettet.

— [Der "Univers".] Durch die Unterdrückung des "Univers" wird Kaiser Napoleon um keinen Verehrer in England reicher werden. Beauillot hat gewiß hier keine Freunde besessen und keine verdient, denn keine Regierung und kein Volk wurden je so maßlos durch ein Zeitungsblatt angegriffen, als die englische im "Univers". Wer erinnerte sich nicht daran, wie es gegen England hegte, als dieses alle seine Kräfte anspannen mußte, um des indischen Aufstandes Herr zu werden! Es ist ihm von Zeit zu Zeit durch den Mund der englischen Presse, gut und schlecht, mahvoll und grob, abfertigend und widerlegend, geantwortet worden, aber keine Antwort war so ungerecht, unersprießlich und unpolitisch, als die ihm jetzt der Kaiser zu Theil werden ließ, indem er das Blatt unterdrückte. In Frankreich, und wahrscheinlich auch anderwärts, heißt dergleichen "stark regieren"; hier zu Lande wird ein Gewaltschritt dieser Art als ein Beweis kleinerlicher Schwäche beurtheilt. Der Engländer hat vor Allem, was Pluck ist, einen großen Respekt, und Pluck hat Beauillot gezeigt. Dass ihn ein Starerer von hinten auf den Kopf schlägt, macht ihn nicht schlechter, gewinnt ihm eher Sympathien. Und das ist bis zu einem gewissen Grade wirklich der Fall. Dass doch alte Wahrheiten nie oft genug wiederholt werden können! Wäre der "Univers" hier in London erschienen, er hätte noch zehnmal lauter brüllen, er hätte seine Exemplare mit Trompetenlärmen vor der Bank und Westminsterhall feil bieten, hätte die Königin und die ganze protestantische Klerikalt tägl. dreimal ungehindert verdonnern, und jeden Andersgläubigen nach Herzengslust dem ewigen Höllenfeuer überantworten können, die Regierung hätte ihm nichts in den Weg gelegt, und am Ende wäre er, gewiß nicht als Martyrer seines Glaubens, aber höchst wahrscheinlich aus Mangel an Abonnenten zu Grunde gegangen. Hier hätte man es totgeschlagen, damit es in Brüssel seine Auferstehung feiern könnte. (B. Z.)

— [Fabrikanten als Städtegründer.] Saltair ist der Name eines ganz neu angelegten Fabrikortes in Yorkshire, der sammt und sonders vom Unterhausmitgliede Titus Salt gegründet, gebaut und eingerichtet worden ist. Das Dorfchen wird als ein industrielles Weltwunder, daneben aber auch als ein finanzielles geschildert; denn das ungeheure Anlagekapital verprüft erstaunliche Zinsen. Es liegt im Airethal nicht weit von Bradford. Die eigentlichen Fabrikgebäude bedecken 6½ englische Acker Landes. In ihrer Mitte das große, feuerfeste Hauptgebäude, 550 Fuß lang und 72 Fuß hoch. Ein einziger Saal läuft im oberen Stockwerke durch die ganze Länge. Er ist vielleicht der längste in Europa, und der Thurm des Wiener Stephansdomes könnte in ihm aufs Bequemste niedergelegt und repariert werden, wenn der Transport und die Umlegung nicht mit allzuviel Umständen verbunden wären. Noch ge-

räumiger ist der Webersaal, ein getrennter Bau, der zwei Acker überdacht und in dem 7000 Menschen sich bequem zu Tische setzen könnten; halb so groß der Kammesaal, in dem Mr. Salt bei der Gründungsfeier der Fabrik 3500 Gäste bewirthet hatte. So viele Arbeiter, Männer, Frauen und Kinder, sind gegenwärtig in diesen Etablissements beschäftigt. Ihnen helfen Dampfmaschinen von zusammen 1250 Pferdekraft, durch welche 1200 Webestühle in Betrieb gesetzt sind, und mit deren Hülfe täglich 30,000 Yards (90,000 Fuß Pr.) Gewebe erzeugt werden. Um die Fabrikgebäude reihen sich die Wohnungen der Arbeiter. Jeder Familie ist ein eigenes Häuschen mit kleinem Gartengrund eingeräumt, so daß die Leute, wenigstens so lange keine „Krise“ kommt, einige Pflege zu genießen scheinen.

**London**, 2. Februar. [Parlament.] In der heutigen Sitzung des Unterhauses sagte Lord John Russell in Beantwortung einer Interpellation Disraeli's, daß er die Mittheilung der Papiere bezüglich des Anschlusses von Savoyen nicht für zulässig halte. Im Anfang des Monats Juli v. J. hatte zwischen Lord Cowley und dem Grafen Walewski eine desfallsige Unterredung stattgefunden, und da die Antwort des Letzteren nicht klar ausgesprochen sei, habe Lord Cowley weitere Mittheilungen verlangt. Hierauf hatte Graf Walewski erklärt, daß der Kaiser Napoleon den Anschluß Savoyens und Nizza's an Frankreich nicht beabsichtige. Seitdem sei eine Depeche der englischen Regierung nach Paris abgegangen, die die Genugthuung Englands wegen dieser Erklärung ausgedrückt habe. (Del.)

**London**, 3. Febr. [Einverständnis mit Frankreich in der italienischen Frage u. c.] Die heutige „Morn. Post“ sagt: Die Allianz zwischen Frankreich und England werde immer enger. Es sei förmlich beschlossen worden, daß keine Intervention in Italien stattfinden solle und daß das Volk Mittelitaliens ein freies Selbstbestimmungsrecht erhalten. Es sollen neue Wahlen angeordnet werden und die aus diesen Wahlen hervorgehenden Versammlungen sollen das Recht haben, die Vereinigung Mittelitaliens mit Piemont zu dekretieren. Die „Morning-Post“ sagt ferner, daß die französischen Truppen bald aus Italien und aus Rom zurückgezogen werden sollen; auch würde in nächster Zeit der Versuch gemacht werden, Destreich zu Reformen in Venetia zu bestimmen. Ein Widerstand des Papstes, Neapels, oder in Venetia würde der italienischen Frage eine größere Dimension geben. Englands Politik bleibe: keine fremde Intervention, Italien frei. — Nach einem der „Morn. Post“ aus Paris zugegangenen Telegramme wird die französische Armee reduziert. — Die „Times“ nennt Cooper als Arbeitsminister. (Del.)

### Frankreich.

**Paris**, 1. Febr. [Tagesbericht.] Der „Moniteur“ zeigt eine neue Flugschrift des Mitgliedes vom gezeigenden Körper, Grafen du Hamel an, welche den Titel „Venise“ führt, bei Dentu in Paris erschienen und eine Ergänzung zu dem von demselben Verfasser im Frühjahr 1859 veröffentlichten Buche ist: „L'Italie, l'Autriche et la guerre.“ — Der „Constitutionnel“ erklärt heute, es sei nicht seine Schuld, daß die bewußte (gestern zitierte) Stelle aus seinem Abdrucke der päpstlichen Enzyklika ausgelassen sei; denn er habe einfach den französischen Text so wiedergegeben, wie er ihn im „Amiti de la Religion“ vorgefunden, von welchem Blatte er doch wohl eine korrekte Übersetzung des lateinischen Originals habe vorzusehen dürfen. Die Stelle wird nun nachträglich vom „Constitutionnel“ mitgetheilt. — Der nunmehr unterdrückte „Univers“ hat sein Leben auf 27 Jahre gebracht; er wurde durch den Abbé Mignet 1833 gegründet. Es ist im Kaiserreich das dritte Journal, das am Dekret vom 17. Februar 1852 zu Grunde gegangen ist. Die „Assemblée nationale“ und die „Revue de Paris“ mußten vor zwei Jahren, im Januar 1858, ihr Leben lassen. — Der „Indépendant de l'Ouest“, ein legitimistisches Departementalblatt, hat sein zweites Avertissement erhalten. — Der Bischof von Quimper hat einen Brief an den Kaiser gerichtet, der in Form und Inhalt wesentlich von den Kundgebungen der großen Mehrzahl der französischen Bischöfe sich unterscheidet. Der erwähnte Prälat erhebt sich gegen die heftige und der Kirche selbst nachtheilige Polemik der ultramontanen Partei und spricht seine Anerkennung für die Haltung des Kaisers in dem Streite aus. Der Kaiser soll dem Bischof eine sehr verbindliche und gerührte Antwort geschrieben haben. — Die Herren About und Baudin sollten sich gestern wieder schlagen. Sie wurden aber beide vor die Untersuchungsbehörde von Versailles geladen, in deren Gerichtsbezirk das erste Duell stattfand. Eine Untersuchung ist anhängig gemacht und beide blieben nur auf freiem Fuße, nachdem sie ihr Wort gegeben, sich vor Beendigung der Untersuchung nicht zum zweiten Male zu schlagen. Das Auftreten des Gerichts ist um so gerechtsamer, als man in diesem Falle, wie bei vielen früheren Gelegenheiten, in allen Zeitungen derartige Duelle, die gesetzlich strafbar sind, mit großer Ausführlichkeit, genauer Angabe der Zeugen u. c. ausposaunt. — Der Municipalrat von Rodez hat die nötigen Fonds zur Aufstellung einer bronzenen Statue des bei der Juni-Revolution von 1848 auf den Barrikaden erschossenen Msgr. Affre, Erzbischofs von Paris, votirt. Den Sockel des Monuments schmücken des Erzbischofs letzte Worte: „Der gute Hirt giebt sein Blut für seine Schafe. Möge mein Blut das vergossene sein.“ — Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat beschlossen, daß in einigen Tagen der Ober-Ingenieur der Orleans-Eisenbahn Befehl erhalten soll, zur Feststellung der Linie von Nantes nach Bordeaux zu schreiten. — Dem Vernehmen nach sind bedenkliche Nachrichten aus Neu-Kaledonien hier angelkommen. Man befürchte, so heißt es, den Ausbruch einer Revolution daselbst, und man beabsichtigt, dem Gouverneur, Herrn v. Saissat, Verstärkung zu schicken, da die ihm jetzt zu Gebote stehenden Truppen nicht hinreichen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. — An der Niederreibung der alten Stadt-Umfassungsmauer wird eifrig gearbeitet, doch war sie an einer Stelle so fest, daß diese durch Pulver gesprengt werden mußte, zu welchem Zwecke nach allen Seiten hin, die ausreichendsten Vorkehrungen getroffen waren, die Menge mußte jedoch zwei Mal in einstündigem Zwischenraum springen, ehe das alte Mauerwerk beseitigt werden konnte. Die Operation war natürlich in der Nacht vorgenommen worden, der Verkehr auch während dieser Zeit streng gehemmt, die Einwohnerschaft auf die Explosion vorbereitet und der umliegende Häuserkomplex geschützt worden. — Der Gründer des mit Recht berühmten Pariser Conservatoire war ein Belgier, Namens Franz Josef Gossek, welcher Chêniere die Idee

dazu angab und die ersten Einrichtungen der Anstalt traf. Er gab Paris die Symphoniemusik und schrieb mit Cherubini, Méhul und Cœtrel die Solfeggien, die lange Zeit das Hauptlehrbuch in jedem berühmten Institute waren. Gossek starb 1829 in Passy. Die belgische Regierung hat jetzt an dem Hause in Bergues im Henne-gau, wo Gossek 1733 geboren, eine Gedenktafel anbringen lassen. — Nach Berichten aus China trifft die kaiserliche Regierung von Peking großartige Vertheidigungs-Anstalten, um den bevorstehenden Angriff der Barbaren zurückzuweisen. Eine große Anzahl tatarischer Regimenter sind aus dem Innern nach den Küsten abmarschiert, und die Festungswerke von Peking sind vermehrt worden.

— [Der Anschluß Mittelitaliens an Piemont.]

Man weiß im Augenblicke nicht, nach welcher Seite die größere Spannung herrscht, ob gegen Turin oder London hin. Wenn aber nicht alle Zeichen trügen, so hat sich Manches in den Beziehungen zu beiden Kabinetten geändert, was eben nicht für eine Annahme des freundlichen Einvernehmens spricht und hier wie dort selten Grund in der savoyischen Annexionsangelegenheit hat. Es hieß sogar, die „Patrie“ werde heute einen Artikel gegen Cavour bringen. Derselbe erschien aber nicht, und es bleibt jetzt frei, anzunehmen, daß man nicht habe schreiben, oder daß man ihn für heute wenigstens noch habe zurückhalten wollen. Im Allgemeinen scheint man die Ansicht zu gewinnen, daß aus vielen, und darunter zunächst aus europäischen Gründen das Einverleibungswerk nicht so ganz leicht und ungehindert vor sich gehen können. — Der „Nord“ betrachtet die Situation als keinwegs bedenklich, im Gegenteil wird ihm aus Paris mitgetheilt: „Am 30. Januar gingen von London und Paris gleichlautende Weisungen an die Vertreter beider Mächte in Turin ab, um dieselben aufzufordern, dem sardinischen Kabinette zu erklären, die italienische Annexion sei nach Ansicht beider Regierungen das einzige und folglich beste Mittel zur Lösung der italienischen Frage, die Regierungen von Frankreich und England würden daher keinen Einwurf dagegen zu machen, daß diese Einverleibung eine vollbrachte Thatache werde. Zwischen Paris und London herrscht dem Vernehmen nach bloß über die Formfrage und besonders über die Wiederholung der Befragung der Bevölkerungen eine Meinungsverschiedenheit, da Frankreich für Anwendung des allgemeinen Stimmrechts, England dagegen für neue Wahlen ist.“

### Belgien.

**Brüssel**, 31. Jan. [Aus den Kammern; Wahlstem; Bankett; Suezkanal] Die Kammer hat heute ihre langwierige Diskussion über das Budget der öffentlichen Arbeiten geschlossen und letzteres mit allen gegen Eine Stimme genehmigt. — Dr. Rogier hat ein Rundschreiben an die Provinzialgouverneure erlassen, in welchem diese Beamten aufgefordert werden, ihre Bemerkungen über die Zweckmäßigkeit der Einführung des mehrerwähnten alphabatischen Wahlsmodus baldmöglichst dem Ministerium zu zustellen. Aus besonderer Quelle erfahre ich, daß ein Gesetzentwurf dieses bedeutenden Abänderung des belgischen Wahlsystems fertig ist und noch vor Ende der laufenden Session den Kammern unterbereitet werden soll. — Ein großes Klerikales Bankett zur Feier des Sieges der Löwener Wahl hat am vergangenen Sonntag unter Vorsitz des Grafen v. Thour hier stattgefunden. Etwa fünfzig Mitglieder der Legislatur haben an dieser Manifestation sich beteiligt. — Die Suezkompagnie hat bei Alterman-Everard und Komp. in Brüssel eine Menge Dampfmaschinen bestellt, mit denen die Erdarbeiten zum Kanale ausgeführt werden sollen. (R. Z.)

### Schweden.

**Bern**, 31. Jan. [Bur Tageschronik.] Der französische Botschafter in Basel, Herr v. Chappedelaine, machte sich neulich an der Wirthstafel in Bern über einen kleinen Engländer lustig; dieser hatte die Aufmerksamkeit, ihm dafür eine nationale Ohrfeige zu verabreichen. — In Basel erregte ein aus Indien zurückgekehrter Missionär, Hebich, aus Württemberg gebürtig, durch lapuzinierhaft unflätiges Reden und Schimpfen auf Kanzeln und Strahlen so viel Aergerniß und Lärm, daß er von Landjägern über die Grenze befördert ward. — Das Zürcher Schwurgericht verhandelte zwei Tage lang eine cause célèbre. Eine nur zu bekannte Persönlichkeit, ein herabgekommenen Schriftsteller, ein früher viel geltendes Mitglied der liberalen Partei, der „Publizist“ Meyer, gewöhnlich Bottelmeyer genannt, stand vor den Schranken unter einem halben Dutzend Anklagen, als Amtsehrverlehung, Beschimpfung, Erregung öffentlichen Aergernisses, gerichtlicher Verleumdung u. c. Er war schon früher 7 Mal verurtheilt und hatte auf der jungen, übereifrigen Geschworenenbank wenig Aussicht. Obgleich der Hauptpunkt „gerichtliche Verleumdung“ von der Staatsanwaltschaft nur sehr man gelhaft vertreten werden konnte, und trotz der sehr gewandten und scharfsinnigen Vertheidigung durch den Kantonsprokurator Dr. Ottensofer, wurde Meyer zu 2½ Jahren Zuchthaus verurtheilt. (R. Z.)

### Italien.

**Turin**, 28. Jan. [Die Annexion Mittelitaliens.] Der Pariser „Union“ wird gemeldet: „Vor gestern Morgen ertheilte das Ministerium Befehl, die Kammer nicht nur für die Abgeordneten der Emilia, sondern auch Toscana's zu vergrößern. Doch scheint es, daß man seiner Sache nicht mehr so sicher ist wie früher, und die Freunde des Hrn. Cavour selbst gestehen sub rosa ein, daß die Regierung weit entfernt ist, die Sicherheit zu teilen, welche die amtlichen Organe dem Publikum einzuflößen suchen... Die Absicht, die Brigade Savoyen in Garnison nach Bologna zu schicken, hat man wieder aufgegeben; erstens, weil man wohl weiß, daß Savoyen dem Oberhaupt der Kirche ergebener ist, als irgend eine andre Provinz des Königreichs und dann zählt man, scheint es, Savoyen kaum mehr als einen Theil der Staaten des künftigen Königs von Italiens (?). Jetzt bestimmt man die Garden zu diesem delikaten Dienste; als Vorwand dient, daß es nicht zweckmäßig wäre, Truppen, welche nicht italienisch sprechen, nach der Emilia zu schicken... Der König ist noch nicht hergestellt und hatte einen neuen rheumatischen Anfall.“

— [Die Intervention in Mittelitalien.] In Bezug einer etwaigen Intervention Neapels erklärt die ministerielle „Opinione“: Die Intervention ist für alle Mächte ausgeschlossen. Piemont hat sich derselben enthalten, obgleich es wohl das Recht gehabt hätte, zu unterhandeln, weil die Bevölkerungen dasselbe riefen und die Annexion geschlossen hatten. Wenn der König von

Neapel seine Truppen marschiren ließe, so würde die sardinische Regierung sofort die ihrigen vorrücken lassen, um ihre eigenen und die Rechte der Bevölkerungen zu behaupten, welche von der neapolitanischen Armee und den Soldnern Roms bedroht werden. Dieser Konflikt wäre schmerzlich, aber unvermeidlich.

**Turin**, 30. Jan. [Die Reise des Königs; Cavour.] Der König, der am 15. Febr. nach Mailand geht, wird sich vom ganzen diplomatischen Corps begleiten lassen. Die Reise nach Mittelitalien und was damit zusammenhängt, folgt hierauf. — Einige Aristokraten in Mailand sehen es nicht gern, daß Herr Beretta zum Bürgermeister der Stadt ernannt worden ist, aber Cavour ließ sich durch keinerlei Bemerkung irre machen. Cavour beschäftigt sich viel mit Prüfung von Arbeiten über Ausdehnung der Kriegsmarine Sardiniens, die ihm unterbreitet worden sind. Er hat seine Reise in Folge von Briefen eingestellt, die ihm aus Paris zugekommen sind. (R. Z.)

**Florenz**, 25. Jan. [Die Bekündigung der sardinischen Verfassung.] Der „Monitore Toscano“ bringt folgenden Artikel über die Bekündigung der sardinischen Verfassung in Toscana:

Die Proklamation des Statuts dürfen wir als den vorletzten (penultimo) Schritt zur Annexion Toscana's an das Reich Victor Emanuel's bezeichnen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Nationalversammlung, als sie Victor Emanuel zum Könige erwählte und das Haus Savoyen berief, mit seinem konstitutionellen Geiste dieses Land zu regieren, dieses Gesetz auch zum Staats-Grundgesetz Toscana's mache. Es bedarf jedoch noch eines besondern und feierlichen Aktes, um die Vereinigung Toscana's mit den alten und neuen Theilen des italienischen Reiches zu vollziehen. Das Dekret der Nationalversammlung bezeichnete in legitimer Weise die Person des Königs und die Regierungsform, und die Promulgation des Statuts ist die Ausführung dieses Dekretes. Der nächste Schritt ist die thäfliche Übernahme der Regierung durch den König, und dieser so lang erprobte Tag ist nicht mehr fern. Die Gründe, welche uns zu diesem Glauben berechtigen, sind dieselben, welche uns zur Promulgation des Statuts bewogen haben. Das neue öffentliche europäische Recht hat in einer oder anderen Weise eine neue Legitimität, die der Völker nämlich, anerkannt. Die Berechtigung der Legitimität der Fürsten hat ihre Zeit gehabt. Tochter der Zeiten des Feudalismus, d. i. der Gewalttherrschaft der Wenigen über die Massen des Volkes, hat sie sich nur so lange behaupten können, bis die Waffen bürgerlich wurden und bis es der Gesamtheit der Bürger möglich ward, auch ohne Waffen den Einzelnen und eine ganze Dynastie zu besiegen und zu entwaffnen. Eine Herrschaft, welche mit dem Zeitalter im Widerspruch steht und nie von Seiten des Volkes anerkannt worden ist, ist der krasseste Hohn der menschlichen Vernunft, und die Furchtung hatte dies demselben Kapitol vorbehalten, welches den Weltkreis beherrschte, demselben Vatikan, der die Kaiser zu Boden warf. Wer den tiefen Fall dieser Legitimität erkennen will, meise den Abgrund, welcher Gregor VII. von Pius IX. trennt. Die oberste Gewalt ist zu ihrem Ursprung, zum Volke zurückgekehrt, das nicht mehr von Unterdrückern und Uppatoren, sondern nach eigener Wahl und zu eigenem Besten regiert sein will. Frankreich hat dieses Prinzip der wahren Souveränität von Neuem ins Leben gerufen, ein Prinzip, dessen Anerkennung England schon lange die innere Ruhe verdankt. Ein großer Thell Europa's pflichtet ihm bei. Zentral-Italien liefert den glänzendsten Beleg für dieses neue öffentliche Recht. Vier Fürsten, Fremdlinge durch Gesinnung und Blutbande, vermochten es nicht, ihre Kronen zu retten, während ihre Völker zur Wahlstafel eilten. Unfähig, elend und verlassen, blieb ihnen nichts übrig, als Flucht und Verwüstung unserer Unabhängigkeit. Die Völker verstanden es, für eigene Sicherheit und Erhaltung zu sorgen. Ihre Emanzipation gleich nicht den Orgien von Slaven, die ihre Ketten gesprengt haben, es war ruhig und entschlossen Vorgehen, und es gelang ihnen, die Slavswarte zum höheren Hafen zu steuern. Wer durfte es wagen, die Berechtigung dieses Volkes anzutasten und ihm zu sagen, du hast zwar bewiesen, daß du es verstehst, dich selbst zu regieren, allein du mußt dich zurückbegeben unter die Botmäßigkeit deiner Herrschaft, die es nie verstanden haben, dich zu regieren. Wer darf es sagen: Du Volk Italiens, das du unter den Befehlen Victor Emanuel's und Napoleons III. gekämpft hast, gehörte den Befehlen derer, die deine Nationalität verbündeten und unsäglich, dieelbe länger niedergehalten, offen in den Reihen der Italien-Unterdrücker kämpften! Solchen allgemein gehielten starken Gefühlen gegenüber sind diplomatische Noten ohnmächtig, und ein europäischer Areopag kann sich nur an die Legitimität der Völker anlehnen, wenn er Wohlfaht und Frieden begründen will. Die Beschlüsse der Nationalversammlungen Zentral-Italiens sind mehr als eine vollbrachte Thatache, sie sind bereits anerkannte Rechte. Dieses ist die unerschütterliche Grundlage des Dekrets, welches die sardinische Konstitution für Toscana promulgirt. Destreich selbst hat dem Missbrauch der Gewalt, den man mit dem Namen Intervention bezeichnet, entsagen müssen. Die Fahne der Intervention, welche Destreich im Jahre 1849 von Hamburg bis Garigliano entfaltete, ist für immer zerissen, und die Völker, welche Herren ihrer eigenen Geschichte geworden sind, haben nicht länger zu fürchten, daß der Ausländer komme, um ihnen die Ketten von Neuem anzulegen. Zentral-Italien ist gegen die Alp sichergestellt, der Europa 40 Jahre lang niedergehalten, und es hat nicht länger Grund, die Ausführung seiner Beschlüsse zu beanstanden. Es hat sein gutes Recht geübt, Waffen und Protolle können sein Vorgehen nicht aufhalten, weiteres Warten auf den Kongress wäre nicht allein unnütz, sondern auch gefährlich. Und somit müssten wir heute das konstitutionelle Statut und das Wahlgesetz promulgieren, damit König und Parlament morgen ans Werk gehen können.“

**Rom**, 25. Jan. [Demonstrationen; das Staatsbuch.] Drei Tage sind vergangen, ohne daß das „Giornale di Roma“ die regierungseindliche Demonstration vom Sonntag auch nur mit einer Silbe erwähnt hätte. Kann ein Vorfall der Art, welcher die ganze Bevölkerung einer großen Stadt alarmirt, verschwiegen werden? Der General Goyon antwortete mit einer außerordentlichen Maßregel. Da der festliche Zapfenstreich der Jäger sonst nur Sonntags und Donnerstags üblich ist, so ließ ihn der General gegen Gewohnheit am Montag Abend wiederholen. Doch diesmal schritt dem Musikkor ein starkes Peloton mit gefälltem Bayonet durch die Straßen vorauf, nach der Musik kam ein zweites, welchem eine starke Abteilung reitender Gendarmen folgte. Das Ungewöhnliche des Aufzuges lockte wohl einige Hundert Neugierige hinterher, doch weiteres geschah nicht. — Das Staatssekretariat hielt mit der Veröffentlichung des diesjährigen Staatshandbuchs bisher zurück. Doch heute erschien es, und zwar unter dem Titel Annuario Pontificio del 1860, anstatt der sonst üblichen Notizie delanno... Was die Ereignisse des letzten Halbjahrs in der Romagna zu Thatachen reisen ließen, wird als nicht vorhanden betrachtet, und demnach unter Anderm S. 535 ff. der kirchliche Gesamtstaat ganz wie ehemals aufgeführt. Da ist im Jahre 1860 zu Bologna die höchste Civilautorität der Kardinallagat Melisi mit den Räthen Ranuzzi, Aguchi, Fungaretti, Boschi; da ist eine Legion päpstlicher Gendarmen unter Oberst Allai; da steht das Appellationsgericht mit Räthen und Richtern u. c. In gleicher Weise ist die Regierung in Ferrara, Ravenna und Forli nominell vertreten, und folgerecht ward, wie im letzten Jahr, die Gesamtbevölkerung des Landes auf 3,134,668 angezeigt. (A. Z.)

**Rom**, 26. Januar. [Abreise der Fremden; Propaganda.] Der hier überwinternden Fremden bemächtigte sich nach dem Sonntagssturm (S. Nr. 27) so allgemeine Furcht vor dem Ausbruch eines Aufstandes, daß am Tage darauf fast alle Postillone auffuhren. Ein einziges Hotel verlor 8 englische Familien, überhaupt aber reisten in diesen Tagen über 200 Fremde ab, größtentheils nach Neapel. Doch nicht die Winterfremden allein, auch

manche Römer leben wieder in ängstlicher Belämmernis um den nächsten Morgen, und sie dürfen sich dabei nicht täuschen. Denn wenn Römer wüsste: es lebe die Unabhängigkeit Italiens! es lebe die Freiheit! nieder mit den Pfaffen! von Tausenden mehr als eine Stunde hindurch in der Stadt, vor den Palästen der Principi und Kardinäle ausgebracht werden, während die französische Hornmusik dazu aufspielt, aber weitere Übergriffe doch auch durch ihre Gegenwart beschränkt, wie weit Schlimmeres wird von daher kommen, wenn sich das Volk erst befreit sieht von seinen fremden bewaffneten Hütern? Vom Abmarsche der Franzosen aber ist täglich unter ihnen selber und zwar am meisten im Offizier-Kasino die Rede.

— In den größeren Städten der Romagna halten sich seit einem Monat ungewohnt viele englische Gentlemen auf, daher denn auch dort jetzt mehr englische Pflanzen zirkulieren als seit vielen Jahren. Hier in Rom aber behauptet die Regierung, die Herren seien von der evangelischen Allianz und hätten innere Missionszwecke. Und allerdings schreibt sich der große Überfluss an Bibeln, die sonst in der Romagna eine große Seltenheit waren, auch wohl nur von dort her. (B. 3.)

**Neapel.** 25. Jan. [Neapolitanische Zustände.] Der Korrespondent der „Indép.“ schreibt: „Die Bevölkerung sind sehr groß; aber eine Revolution in Neapel selbst gilt allgemein für eine Unmöglichkeit. Ich glaube viel eher an Bewegungen in Calabrien, in der Basilicata und in den Abruzzen. Die Truppenmasse, welche die Regierung an der Grenze zwei Schritte von der Romagna entfaltet, ist ein großer Fehler. Würden diese Truppen verhindert, so wäre dies eine unglaublich größere Gefahr, als die, welche die Opposition droht, und es soll mich gar nicht wundern, wenn sie eines schönen Morgens auf Neapel marschiert. Bereits liegen Anzeichen des Misstrauens vor, der selbst schon die Garde ergriffen hat. Mehrere Unteroßiziere wurden nach den Inseln deportiert und vier Sergeantmajors nebst einem Hauptmann und einem Lieutenant im Fort San Elmo eingekerkert. Nichtsdestoweniger setzt der König die Kompletirung der Cadres seiner Armee fort. Patrouillen durchziehen fortwährend die Hauptstadt, als herrsche Belagerungszustand. Auf Sizilien gähnt es, wie in Venetien. Die Aufrüttung in der Jenie haben sich im Theater von Palermo wiederholt, auch hat die dortige Universität eine Kundgebung gemacht, und die Studenten haben gerufen: „Es lebe Italien! Es lebe Victor Emanuel!“ Maniscalco, der vollständig hergestellt ist, wollte die Universität schließen, der Rektor derselben, Cumbo, der Bruder des Ministers für sicilianische Angelegenheiten, widerstand jedoch, so daß die Sache jetzt dem Könige zur Entscheidung vorliegt.“

### Rußland und Polen.

**Petersburg.** 25. Jan. [Graf Perponcher; Schamyl; Bränden.] Heute ist der mit Vertretung des durch Krankheit von seinem Posten ferngehaltenen preußischen Gesandten, Hrn. v. Bismarck-Schönhausen, betraute königlich preußische wirkliche Geheime Legationsrath Graf Perponcher hier eingetroffen. — Schamyl's Familie ist am Anfang dieses Monats in Kaluga angekommen. — In seinem Lande sind Brandungslücke so häufig, wie in Rußland. Es wurden in dem weiten Reiche im Jahre 1858 nicht weniger als 56 Kirchen, 333 öffentliche Gebäude und 10,510 Privathäuser von den Flammen verzehrt, in einem Werthe von 26,440,279 Rubel. — In Petersburg ist, wie russische Blätter melden, gegenwärtig eine Goldstufe zur Ansicht aufgestellt, welche nicht weniger als 1 Pud 4 Psd. 92 Sol. Schwere hat (etwa 40 Pfund pr. Gewichts). Dieser den Werth von etwa 16—17,000 S. R. repräsentirende Klumpen gediegenen Goldes ist der Nähe von Spassko an der Alyma aufgefunden worden.

**Petersburg.** 26. Januar. [Gründung einer neuen Stadt.] Das „Inland“ meldet, daß in Livland eine neue Stadt gegründet werden soll, und zwar in der Nähe von Rappin, an der Mündung des Flusses Wo in den Peipussee; 5 Kaufleute hätten sich schon daselbst niedergelassen und sobald das Stadtrecht ertheilt sein würde, verspräche man sich in Hinsicht auf den Handel mit Landesproduktion (Hans, Flachs u. s. w.) und Fabrikzeugnissen (besonders Leinenwaren) dort dieselben Erfolge wie in Werro, welche Stadt, gleichfalls am Peipus gelegen, mit jedem Jahr zu immer größerer Blüthe gelangt.

### Militärzeitung.

**Preußen.** [Zur Armeeform.] Dem Berneben nach steht es jetzt fest, daß bei den Jäger- und Schützenbataillonen, wahrscheinlich aber auch bei sämtlichen Füsilierbataillonen, statt der bisher getragenen Hirschänger und Bastinettmesser, die französischen Haubayonette eingeführt werden, und sollen die Bestellungen hierauf bei den rheinischen Fabriken schon aufgegeben werden sein; überhaupt aber wird bereits seit geraumer Zeit innerhalb der preußischen Armee auf die Ausbildung im Bayonettschlag ein weit höherer Werth als früher gelegt. Es steht das wohl genau damit im Zusammenhange, daß die Einzelbildung des Mannes für die Zukunft als die vornehmste militärische Aufgabe betrachtet wird, wogegen der sonst so eifrig geübte Parade Dienst auf möglichst eng gezogene Grenzen beschränkt werden soll. Auch für die Kavallerie liegt es bestimmt in der Absicht, den bisher nur auf ganz allgemeinen Umrissen beschränkten Unterricht im Fechten, Lanzenschwingen und dem Gebrauch der Feuerwaffen zu Pferde bedeutend zu erweitern, und namentlich das Kontrafechten auf Sieb und Sich so weit auszudehnen, daß der einzelne Reiter für den Ernstfall auch einer anderen, als seiner eigenen Waffe gegenüber, die nötige Sicherheit gewinnt. Wie verlautet, wird aber das vierte Dienstjahr bei der Kavallerie zu dieser Übung bestimmt sein, und soll entweder die Reiterschule in Schwedt o. d. auch nach dieser Richtung hin bis zur Ausbildung tüchtiger Instruktores in den angegebenen Fertigkeiten erweitert, oder es wird hierfür eine besondere Kavallerieschule neu gegründet werden. (Sp. 3.)

### Aus polnischen Zeitungen.

[Ein geheimnisvolles Verbrechen.] Der „Gaz“ berichtet aus den letzten Tagen des verlorenen Monats ein grauenhaftes Vorkommnis, von dem in Rzeszow Alles voll war. Es erscheint nicht unwichtig, die Einzelheiten mitzuteilen, da dieselben zur Erfüllung des mysteriösen Verbrechens führen könnten, das hier jedenfalls verübt worden. Als Thatbestand ist folgendes festgestellt. Am 20. ging in Rzeszow von Lemberg aus eine taunene Kiste ein, schwärz angestrichen, an den Ecken mit Eisen beschlagen und ganz und gar mit Sackwand überzogen. Da ein spezieller Verwesungsgeruch aus derselben hervordrang, so fand man sich genötigt, zur Deffnung derselben zu schreiten. Da fand man denn zu nicht geringem Entsetzen eine Leiche, es war die eines kräftig gebauten, 64½ Wiener Zoll langen Mannes, der 28—38 Jahre geähnelt haben möchte. Das Haar war dunkelblond, ein wenig ins Rötliche schimmernd und kraus, Backen und Lippenbart röthlich, die Zähne gesund, wenig beschädigt. Der Leibnam war angethan mit einem kleinen Einnahme mit modischem stehenden Krägen und Handkraulen, die durch goldene Knöpfchen mit eingravierten Sternchen zusammengebettet. Ein ähnliches goldnes Knöpfchen mit schwarzen Schmelz und einer Rauten hielt den Brustschlitz zusammen. Die großen lateinischen Lettern C. H. mit rother Baumwolle ausgenäht, darunter die Ziffer 20, dienten als Zeichen. An der inwendigen Deckelwand standen auf Papier die Worte: München, Victoria 1854. Neben der Leiche aber befand sich endlich in dem

Koffer noch ein längliches porzellanesches Waschbecken mit dem Fabrikstempel „Neumark“ und ein ungebleichtes Handtuch, mit einem großen großen lateinischen H. gezeichnet, gleichfalls aus Baumwolle und ausschließlich wie ein Feuervorhang.

Den „Gaz“ wird von den Ufern des Flusses Poprad über den beträchtlichen Reichthum an Lärchenholz in der dortigen Gegend mehreres Interessante mitgetheilt. Der Poprad ist ein Bergwasser, welches aus Ungarn ausfließt und in Galizien bei Sandec in den Dunajec mündet. Die Wichtigkeit der Wasserstrafen ist für Galizien längst anerkannt, und man bemüht sich besonders seit wenigen Jahren mit der Reinigung des Weichselstroms, so wie der Flüsse San und Dunajec. Der erwähnte Artikel von den Ufern des Poprad belehrt die Handelswelt, daß der Dunajecfluss und dessen Mündung in die Weichsel bei Uście jenseit die größte Aufmerksamkeit verdient. In dem ehemalig dem Jesuitenorden gehörig gewesenen Dorf Uście, welches daher in polnischer Sprach bisher die Benennung jenseit die heißt, ist seit Jahren ein t. t. Zollamt, welchem gegenüber in dem Königreiche Polen das Zollamt Opatowice gelegen ist. Dieses letztere war bis zu dem Jahre 1850 geschlossen; erst nachdem im Jahre 1849 die russische Regierung bei Opatowice eine militärische Schiffbrücke angelegt hatte, wurde die Wichtigkeit dieser seukrechten Kommunikation zwischen Warschau und Pesth anerkannt, und das Zollamt Opatowice wieder eröffnet. In diesem ist aus unbekannter Ursache in Opatowice die Expedition der Weine und anderer ungarischer Handelsprodukte noch nicht hergestellt. Die ungarischen Weine, welche früher auf dem Dunajec, vorzüglich auf Holzfässern die wohlfühlte und grade Straße nach Warschau und Danzig fanden, müssen noch bis jetzt über Krakau, Silesia, Sandomir oder gar über Jawischow expediert werden. Der Transport ist auf der Achse über größtentheils unfahrbare Wege um so beschwerlicher, als der Zoll von dem Weine im Königreich Polen sehr hoch ist. Hierauf wird die Wichtigkeit der Schiffahrt auf dem Poprad, dem Dunajec, so wie des Berkehrs über die Zollämter Uście jenseit die und Opatowice ersichtlich. In Betreff des Lärchenholzes heißt es in der erwähnten Korrespondenz von den Ufern des ungarischen Poprad (Poprad węgierski) wie folgt: In dieser Gegend gibt es Lärchenbäume zur Genüge, jedoch sehr wenig zu Mastbäumen geeignetes Holz, d. h., das die Länge von 15 Klaftern und eine Dicke von wenigstens 19—21 Zoll hätte. Deshalb ist es auch sehr teuer insofern, daß es unmöglich ist, es zu einem niedrigeren Preise als 40 fl. R. M. das Stück nach der Mündung des Dunajec zu liefern. Von solchen 15 Klaftern langen und am Boden 19—21 Zoll, am Gipfel 4 Zoll dicke (für Mastbäume geeignet) Holz sind beiläufig 600 Stück zu haben. Selbstverständlich wird sich der Preis jedes unter jenen 600 Bäumen sich vorfindenden Stückes dessen Dicke über 21 Zoll und Länge über 15 Klafter betrage, im Verhältniß höher stellen. Der Preis der Balken hängt völlig von ihrer Dicke und Länge ab. Holz von einer geringeren Dicke als 18 Zoll kommt bedeutend wohlführer zu stehen, so daß eine Partie von 1000 Stück in einer Länge von 10—11 Klaftern, unter denen circa 200 Stück 17 Zoll langer, wogegen der Rest 16 und 15 Zoll langer, Stück für Stück zu 25 fl. R. M. nach der Mündung des Dunajec geliefert werden kann. Auch Holz von weniger als 15 Zoll ist in derselben Güte und Gleichheit zu haben, von dem das dünnste Stück nicht unter 12 Zoll hat. Der Preis desselben stellt sich auf 12 fl. R. M. Häufigkeit der Quantität können 600 zu Maien geeignete Stück geliefert werden, unter denen 150 Stück von höchstem Alter, d. h. von 22—35 Zoll Dicke und 18 Klafter Länge. Unter 18—15 Zoll Dicke dürfen sich an 1000 Stück vorfinden, hingegen von einer Dicke unter 15—12 Zoll an 200 Stück. Es finden sich ebenfalls Bäume von großer Dicke vor, d. h. von 18—20 Zoll, allein nur 8—10 Klafter lang kerzenrade, weiterhin gekrümt. Von solchen Bäumen trifft man eine ziemlich bedeutende Anzahl in den erwähnten Wäldern.

### Lokales und Provinzielles.

**Posen.** 4. Febr. [Welche Zeit ist es?] Die Abweichungen in dem Gange der hiesigen öffentlichen Uhren sind schon öfters Gegenstand von Beschwerden geworden. Abhülfe mag schwer sein, ist aber nicht unmöglich. Da wir in Posen keine Sternwarte haben, so müssen wir uns nach der Berliner Zeit richten, die mit der unrichtigen um genau 14 Minuten differirt. Die Uhr des Telegraphenamts, Mühlstr. 16, wird jeden Morgen gegen die Berliner Uhren gestellt. Sie eignet sich daher am besten als Normaluhr für alle hiesigen Uhren und kann für uns die Stelle der Akademieuhren in Berlin vertreten. Die Postuhr wird nach der Telegraphenuhr regulirt und das königl. Postamt sorgt dafür, daß beide Uhren stets übereinstimmen. Wenn demnach Differenzen vorkommen sollten, so könnte diese nur in einer Saumseitigkeit derselben Unterbeamten beruhen, der mit der Regulirung der Postuhr beauftragt ist. Auch die Polizeiuhr wird nach der Telegraphenuhr gestellt. Wenn die Uhr des Rathauses und die Uhr des königlichen Kreisgerichts ebenfalls nach der Normaluhr gestellt werden und die Übereinstimmung gehörig kontrollirt wird, so können irgend erhebliche Abweichungen künftig nicht vorkommen. Hierbei wird freilich vorausgesetzt, daß die Telegraphenuhr ein vorzüglicher Chronometer ist, so daß sie für sich selbst richtig und normalmäßig geht und die tägliche Stellung nach der Berliner Zeit nur kleine Korrekturen von weniger als einer Minute nötig macht. Wenn die heutige Uhr diesem Erforderniß nicht entsprechen sollte, so möchten wir an den Dirigenten des hiesigen k. Telegraphenamtes die Bitte stellen, daß er dieselbe durch ein untadeliges Werk recht bald erlesen möchte. Die Bahnhofsuhr wird nach der Kursuhr der Breslauer Bahnhöfe regulirt, wobei Abweichungen bis zu fünf Minuten von der Berliner Zeit vorkommen. Dieselbe eignet sich daher nicht als Normaluhr.

S — [Ein Beneß] gehört unleugbar zu den Ereignissen für den Schauspieler im Laufe der Saison. Weniger vielleicht deshalb, weil er von demselben eine wesentliche Zubuze zur Gage erwartet, als weil er, wie das so von Alters her Gewohnheit, einen Gradmesser für das Wohlwollen des Publikums darin erblickt. Daß beide Rücksichten heutzutage oft täuschen, ist eine wiederholt bewährte, wenn auch immer unangenehme Erfahrung, und die Frage, ob in der Gegenwart Benefizvorstellungen wirklich noch an der Zeit sind, oder ob sie jetzt wie von den Direktionen so von den Darstellern gänzlich solten aufgegeben werden, eine offene, jedenfalls aber wohl der Erwägung wert. Denn sehr selten nur stehen jetzt noch die männlichen Mühen und Schwierigkeiten einer derartigen Vorstellung, von denen der Laie keinen Begriff hat, im richtigen Verhältnisse zu dem erzielten Resultat. Daß unsere Primadonna und unser Heldentenor, Frau Arnerius Schöller und Herr Arnurius, diese unangenehme Erfahrung hier nicht machen mögen, wollen wir aufsichtigt wünschen. Die Benefizvorstellung für beide findet am nächsten Dienstag, den 7. d. statt, und sie haben dazu Auber's ansprechende, hier seit Jahren ruhende Oper: „Der Maskenball“ gewählt. Um dieselbe angemessen vorführen zu können, haben sie gleichzeitig sich angelegen sein lassen, die Mitwirkung unserer renommierten Gäste, des Fr. Fanny Rathgeber und des Fr. Balletmeisters Rathgeber zu gewinnen, und wie wir hören, ist ihnen das gelungen, so daß auch die wesentliche Ballettpartie der Oper glücklich vertreten sein dürfte. Das Alles zusammengekommen, dürfte denn wohl seine Anziehungskraft üben, und wir wollen von Herzen wünschen, daß die Benefizianten in dieser Hoffnung sich nicht getäuscht haben.

# Kreis Buk, 3. Februar. [Kreis-Ersatzgeschäft; Auswanderung; Schulwesen.] Das diesjährige Kreis-Ersatzgeschäft wird im hiesigen Kreise stattfinden: am 20. d. in Neustadt b. P., am 21. in Buk, am 23. in Grätz, am 24. in Neutomysl. Am leichtgedachten Orte findet am 25. d. die Sitzung der Zwanzigjährigen statt. — Die früher sehr bedeutende Auswanderungslust ist im hiesigen Kreise, wahrscheinlich in Folge der vielen Unglücks-

fälle zur See, und auch wohl in Folge der keineswegs verlockenden Berichte von jenseit des Ozeans, bedeutend gedämpft, und es sind nur noch die ausgedehnten Korrespondenzen zwischen den Kreisbürgern und ihren in Amerika wohnenden Angehörigen und die größeren und kleineren Geldsendungen von dort, die die Aufmerksamkeit erregen. Von dorther ist vor Kurzem ein vor einer Reihe von Jahren Ausgewanderter nach seiner Heimat im hiesigen Kreise zurückgekehrt, der allerdings sich ein anständiges Sümmchen erpaßt hat; indeß schlägt auch er das Leben jenseit des Meeres jetzt gegen früher als ein ganz verändertes und überaus qualvolles. — Nach den gelegten Bestimmungen sind die Kinder nur bis zum Schlüsse des 14. Lebensjahrs schulpflichtig, und bei Mangel der notdürftigsten Elementarlehranstalten, kann ausnahmsweise der Schulbesuch verlängert werden. Dadurch erhält der Uebelstand, daß in gefüllten Schulen fast in jedem Monate Kinder die Schule verlassen. In der ersten Abtheilung wird dadurch die Schülerzahl gewährt, und der Lehrer gezwungen, öfters Verzweigungen vorzunehmen, was störend auf die Innehaltung des bestimmten Lehrplans, und daher auch auf den allgemeinen Fortschritt ungünstig wirkt. Die öffentlichen Schulprüfungen können demnach auch fast nie ein richtiges Bild von der Thätigkeit des Lehrers und dem Standpunkte der Schule geben. Mit dem Eintritt der Kinder in die Schule verhält es sich nicht besser. Der Lehrer muß bei der Gleichmäßigkeit, mit welcher die Kinder die Schulzeit beginnen, seine Kräfte zerstreuen und entweder viele Abtheilungen machen, oder Kinder von verschiedener Bildungsstufe vereinen, wodurch die Fähigeren in den Fortschritten gehemmt werden. Wäre es nicht zweckmäßig, Bestimmungen zu treffen, nach welcher der Eintritt in die Schule und der Austritt aus derselben zu einer bestimmten Jahreszeit, wie dies in höheren Schulen der Fall ist, geschehen dürfte? — Der Fleischermeister Stefanik aus Neustadt b. P. hat in diesen Tagen vom Rittergutsbesitzer Palm auf Orlitz 4 dreijährige Stiere für den Sammlungspreis von 500 Thlr. gekauft. Sie gehen auf Bestellung an den Hofschächer Kühn nach Berlin.

< Lissa, 3. Febr. [Schneefälle; verspätete Bahnzüge; Vegetation; Militärisches; Konzert.] Die in der Nacht vom 1. zum 2. d. eingetretene starke Schneefälle haben bei dem gleichzeitigen beständigen Windwehen an vielen Stellen den regelmäßigen Eisenbahnbetrieb, wenn auch nicht unterbrochen, doch erheblich verzögert, so daß die gestrigen Frühzüge nicht regelmäßig eintreffen konnten. Dagegen waren die eingetretenen Naturhindernisse für die Nachmittags- und Abendzüge bereits vollständig beseitigt. Der gestrige Frühzug aus der Richtung von Hansdorf, der den Verkehr mit Berlin, Dresden ic. vermittelte, traf ziemlich bedeutend verspätet hier ein. Als Grund wird mir das Ausgleichen einer Maschine auf dem Bahnbogen von Glogau angegeben, die in der Nacht vorher in Folge der dort angesallenen Schneemassen beim raschen Einlenken in eine Weiche aus den Schienen getreten war, so daß die Bahn nicht so bald wieder frei gemacht werden konnte. — Als einen außfallenden Gegenzug zu dieser neuen Auflage des diesjährigen Winters glaube ich Ihnen hierbei berichten zu dürfen, daß die milde Frühlingswitterung während der zweiten Hälfte des Januar derzeit gestaltet die Vegetation gezeigt, daß Ihr Ref. am Sonnabend das vollständig entwickelte Ästchen eines Blütenbaumes mit Blättern und Blüthenknospen gesehen. — Vorgestern trafen hier 166 Mann nebst zwei Offizieren unter Leitung eines Hauptmanns vom 19. Regiment aus Breslau ein, um dem hiesigen Stammteilung zugelassen zu werden. Durch diesen Zufluss ist das Bataillon wieder auf die normalmäßige Stärke gebracht. Die Mannschaften gehören fast sämmtlich dem zweiten und dritten Dienstjahr, gauge bei der Linie an. Für die zum bevorstehenden Frühjahr aus der hiesigen Bevölkerung auszuhebenden Recruten ist der Gestaltungstermin auf den 8. d. M. anberaumt. — Zum Besten der hiesigen Städtern ward am letzten Sonntage im großen Saale des Gymnasiums ein Konzert veranstaltet, das sich eines ziemlich zahlreichen Besuchs zu erfreuen gehabt. Die mitwirkenden Kräfte sowohl im Geiste als auch in der Instrumentation gehörten insgesamt den Kreisen der hiesigen Einwohner an.

< Nakel, 3. Febr. [Getreidegeschäft.] Die normale Bahn, in die das Getreidegeschäft in den letzten beiden Jahren gedrängt worden, trat bei den Januar-Operationen an der Berliner Börse recht klar ins Licht und zeigte zur Genüge, wie gefährlich diese Art von Geschäften ist. Unser Provinz namentlich müßte die Lehre daraus ziehen, daß sie leineswegs an den sogenannten Differenzgeschäften Theil haben darf, wenn sie nicht früher oder später die bedenklichsten Verluste erleiden will. Die Händler in der Provinz partizipieren meistens nur an den Nachtheilen, die diese Geschäfte mit sich bringen. Das hat sich bei der Entwicklung des Januar-Termins wieder gezeigt. Allen, die aus der Provinz in Berlin per Januar-Rogggen hatten, wurde derselbe bereits im Laufe des Monats zu billigen Preisen gefündigt, und von der Ultimo-Steigerung hat nur die Berliner Haussie-Partei Nutzen. Der Grund liegt auf der Hand. Es deutet in der Provinz Niemand daran, wenn er in Berlin Roggen auf Zeit gekauft hat, denselben abzunehmen und zu verwerthen; er muß daher bei der Kundigung sofort, ob mit Nutzen oder mit Schaden, regulirt. Als die Steigerung in den letzten Januartagen begann, haben hiesige Kaufleute noch in aller Eile Roggenlieferungen (etwa 600 Wispel) per Eisenbahn nach Berlin gemacht, von denen jedoch die meisten vor dem Planöver oder nach demselben aufgaben, so daß sie den günstigen Moment verliefen. Es war interessant, daß Stufen der meisten Kaufleute zu sehen, die in den aufgeregten Tagen hier mit Roggen zu Markt kamen. Sie konnten sich diese Art des Geschäfts nicht veranschaulichen und waren ganz verwirrt über die auch für den hiesigen Markt maßgebend sein sollenen Preisbewegungen von 52, 56, 60 Thlr. und wieder 47 Thlr. pro Wispel in der Zeit von einem Tage und Planöver hat sein Getreide wieder nach Hause gefahren, um in Hube das richtige Resultat abzuwarten. Auch die Kaufleute, die in den letzten Tagen Roggen geliefert wurde, und die unter dem Berliner Kloporeis zu reguliren hatten, verwünschten die Berliner Börsenkämpfe, da sie das Vergnügen hatten, in Folge dessen den Roggen mit 10 Thlr. über den Werth zu bezahlen. Allem Anschein nach läßt sich dennoch dem diesjährigen Geschäft ein guter Verlauf prognostizieren, wenn keine künstlichen oder unvorhergesehenen Einwirkungen es beeinflussen sollten. Trotz der großen Zusendungen, die Berlin und Stettin seit der letzten Woche bereits erhalten, sind die Bäcker an genannten Plätzen nur klein, was den starken Abzug nach den Orten beweist, die bei Eröffnung der Schiffahrt mit ihrem Bedarf wieder hervortreten werden. Aus Nakel selbst seit letzter Woche 7—8000 Wispel Getreide verändert worden, die aber auch bereits großen Theils verliefen. Aus Polen sind sicherer Nachrichten zufolge 50,000 Wispel angelangt, wovon eine Hälfte nach Berlin, die andere nach Danzig oder Königsberg dirigirt ist, um für den Fall, daß es in Holland reisen sollte, dahin gefandt zu werden. Wir gingen bekanntlich mit kleinen großen Vorräten in die neue Ernte, während nördlich Süddeutschland und Hannover bedeutenden Bedarf haben. Von den hier überwinternden Schiffen haben sich gestern bereits mehrere durch das anhaltend weiche Wetter bestimmen lassen, ihre Reise anzutreten, doch dürfte, selbst wenn die heutige eingetretene Witterungsänderung nicht lange anhält, vor Mitte dieses Monats die Eröffnung der Schiffahrt nicht zu erwarten sein.

### Strombericht.

#### Oderbrücker Brücke.

Am 2. Februar. Kahn Nr. 374, Schiffer Gottfr. Marks, von Stettin nach Posen mit Steinholz.

### Angelockte Fremde.

Vom 3. Februar.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Oberstleutnant v. Bredow, die Hauptleute v.

**BAZAR.** Die Gutsb. Graf Skorzenewski aus Czerniewo und v. Brodnicki aus Nieświatowice.  
**MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Die Gutsbesitzer Graf Weißerstki aus Zatzewo, Graf Mycielski aus Chociszewo, Korth aus Elbing, Bärwald aus Stargard, v. Schimnyskenning aus Königsberg und v. Düssing aus Daber, Landrat v. Madat aus Kosten, Lieutenant im 2. Landw. Hs. Regt. Hoffmann aus Ruchowice, Mühlensitzer Ueckert aus Daber, die Kaufleute Fauch aus Hamburg, Borkheim und Schüler aus Berlin, Weiz aus Düren, Meyer aus Königsberg und Röseler aus Potsdam.

**STERN'S HOTEL DE L'EUROPE.** Gutsbesitzer Jeschki aus Bialczyn, Partikular v. Mikorski aus Wreschen, Amtsrichter Beyer aus Stolzenberg, die Lieutenant und Rittergutsbesitzer Baron v. Winterfeld aus Sokołki, Baron v. Winterfeld aus Mür. Gostin und Beyer aus Skorzewo.  
**BUSCH'S HOTEL DE ROME.** Rechtsanwalt Ahlemann aus Samter, Frau Rittergutsb. v. Baranowska aus Rożnowo, die Rittergutsb. Bülner aus Pommern, Schubert aus Bütz und v. Bronisowski aus Knischen, die Kaufleute Stein und Krause aus Berlin, Schreiner aus Breslau, Schmidt aus Graudenz, Schneider, Sternberg und Peller aus Stettin.  
**HOTEL DU NORD.** Inspektor der "Iduna" Fiedler aus Magdeburg.

**OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE.** Die Rittergutsb. Schmidts aus Brzozek, Reissenbach aus Morgenroth und v. Falkenstein aus Schlesien, Schiffsschiffkapitän v. Schönlan aus Bremen, Baumschreiber Hechter aus Dresden, Partikular Lubrecht aus Schneidemühl, Kaufmann Triester aus Danzig und Gutsb. Balitzhof aus Schrimm.  
**HOTEL DE PARIS.** Die Kaufleute Mamroth aus Kalisch, Mamroth aus Dobrzic und Schwarz aus Birnbaum.  
**HOTEL DE BERLIN.** Kaufmann Goldwasser aus Krakau, Oberinspektor v. Źybilski nebst Frau aus Tarnowo und Gutsbesitzer Hildebrand aus Trzcielino.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere vorläufige Bekanntmachung vom 29. November v. J. wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß zur öffentlichen Ver�achtung des königlichen Domänenvermögens Nieszezwie im Wege des Meistergeldes ein Termin auf

**Dienstag den 27. März Vormittags 11 Uhr** im kleinen Sitzungszimmer des Regierungsbüros hier selbst vor dem Regierungsrath v. Schierstedt angezeigt ist, zu welchem qualifizierte Pachtwerber hierdurch eingeladen werden.

Die Domaine liegt 4 Meilen von Bromberg und 2 Meilen von Inowraclaw,  $\frac{1}{4}$  Meile von den beiden Orte verbindenden Chauffe. Sie besteht aus:

Hof und Bäckerei	13 Morgen	65 □ Ruth.
Garten	51	54
Acker	2058	173
Wiesen	631	95
Hütung	353	157
Wege, Gräben etc.	94	60
zusammen 3203 Morgen 64 □ Ruth.		

Das geringste Pachtgeld ist auf 3200 Thlr. festgesetzt. Zur Uebernahme der Pacht ist ein disponibles Vermögen von 20,000 Thlr. nachzuweisen.

Die Lizitations- und Pachtbedingungen können in unserer Registratur eingesehen, auch gegen Einziehung der Kopialien durch Postvorwahl abdrücklich mitgetheilt werden.

Bromberg, den 24. Januar 1860.

**Königliche Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.**

### Bekanntmachung.

**Dienstag den 7. Februar c. Vormittags 10 Uhr** werden in dem hiesigen Garnisonszarett ausrangierte Kupfer-, Eisen- und Blechgeräthe, wohne Decken und mehrere Zentner Lumpen an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung verkauft. Auch sollen an denselben Tage um  $\frac{1}{2}$  Uhr die im Laufe des Jahres 1860 gewonnenen Knochen an den Meistbietenden verdungen werden. Unternehmer werden hierzu ergebenst eingeladen.

Posen, den 2. Februar 1860.

**Die Lazareth-Kommission.**

### Nothwendiger Verkauf.

Das den Erben der verstorbenen Böttchermeister Johann Heinrich und Eva geb. Freyer-Strombergerischen Eheleuten gehörige, in der Thornerstraße zu Bromberg unter Nr. 207 belegene Grundstück, abgegängt auf 5544 Thlr. 21 Sgr. 1 Pf. zufolge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur eingehenden Tare, soll theilungshaber am 15. Mai 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlichen Gerichtsstellen subhauptt werden.

Alle unbekannten Realpräidenten werden aufgeboten, sich bei Vermeldung der Prälution spätestens in diesem Termine zu melden.

Bromberg, den 16. September 1859.  
Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.

### Nothwendiger Verkauf.

**Königliches Kreisgericht zu Meseritz, 1. Abtheilung.**

Die zu Tirschtiegel unter den Hypothekennummern 106, 88, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136 und 137 belegenen, aus Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, Gärten, Ackerland, Wiesen, Schonungen und Unland bestehende Grundstücke, welche

a) dem Eigentümer Gottlieb Beyer und dessen Ehefrau Louise geborene Fabian,  
b) dem Eigentümer Gottlieb Heinrich und seiner Ehefrau Pauline geborene Fabian.

c) dem Eigentümer Gottlieb Drescher und dessen Ehefrau Rosina geborene Preischer,

d) dem Franz Pirschel und dessen Ehefrau Louise geborene Fechner,  
e) dem Bürgermeister August Wende und dessen Ehefrau Emilie geborene Schulz,

f) dem Fleischmeister Albert Schwarz und dessen Ehefrau Wilhelmine geborene Grundmann,

g) dem Tischlermeister Johann Deitschmann und dessen Ehefrau Henriette geborene Börngräber,

h) dem Bürger Ernst Makowski und dessen Ehefrau Emilie geborene Wende,

i) dem Kaufmann Michael Davidsohn und dessen Ehefrau Bertha geborene Meyer,  
k) dem Bäckermeister Franz Maj und dessen Ehefrau Julianne geborene Hoffmann,

l) dem Schuhmeister Wilhelm Schulz und dessen Ehefrau Wilhelmine geborene Hämerling,

m) dem Bürger Peter Manet und dessen Ehefrau Rosalie geborene Mazurek,  
n) dem Schuhmachermeister Gottlieb Schulz und dessen Ehefrau Anna Marie geborene Böh,

o) dem Bürger Johann Nadler und seiner Ehefrau Therese geborene Przybylska, gehören von denen die unter den Nummern 129 bis 137 in den Hypothekbüchern eingetragenen Realitäten früher Pertinenten des Grundstücks Nr. 88 bildeten, sollen

am 6. Juni 1860 Vormittags 9 Uhr vor der Gerichtsstagakommission in Tirschtiegel versteckt werden.

Die Tare, wonach das Grundstück Nr. 106 auf 2440 Thlr., die Grundstücke Nr. 88 und 129 bis 137 auf 8488 Thlr. abgeschägt worden,

so wie die Hypothekenscheine und Bedingungen sind in der Registratur einzusehen.

Im Lizitationstermin wird nach Anhörung der Interessenten darüber befunden werden, ob die Grundstücke nicht nur zusammen, sondern auch parzellweise ausgeboten werden sollen.

Alle Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekebuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei dem Gerichte zu melden.

**Bekanntmachung.** Als mutmaßlich gestohlen sind in Beschlag genommen:

- 1) ein weiß leinenes Schnupftuch, A. G. S. P. Nr. 4 gez;
  - 2) 17 $\frac{1}{4}$  Ellen neues bunt farbiges baumwollenes Zeug;
  - 3) 1 $\frac{1}{2}$  Elle neues silberstreiftes Schürzenzeug.
- Der Eigentümer wird aufgesondert, sich im Bureau des königl. Kriminal-Kommissarius Kretschmer zu melden.

**Bekanntmachung.** Die hiesige zweite Israelitische Lehrstelle ist vakant. Mit derselben ist ein Gehalt von 185 Thlr. und ein Einkommen aus Privatunterricht von 150—200 Thlr. verbunden, außerdem ist aber der Schulvorstand nicht abgeneigt, das Gehalt, wenn der zu wählende Lehrer den gestellten Anforderungen entspricht, zu erhöhen.

Qualifizierte Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse bei dem unterzeichneten Schulvorstand melden.

Pinne, den 31. Januar 1860.  
Der Schulvorstand.

## Auktion von Original-Gemälden

Düsseldorf Schule.

Im Saale des Bazar, Neuerstraße, soll eine reichhaltige Sammlung Gemälde, Werke von Achernbach, Lange, Norden, Kels, Selt, Louisa, Herzog, Lachewitz, Beckmann, Dahl, Schmidts etc.

**Mittwoch den 8. Februar c. Vormittags 10 Uhr** öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung verkauft werden. Für die Echtheit der Namen leistet der Eigentümer Garantie. Die Gemälde stehen Dienstag den 7. d. Ms. zur ges. Ansicht.

**W. Hagen aus Düsseldorf.**

**Lipschitz**, Auktionskommissarius.

**Das Informations- und Kommissions-Bureau**, gr. Gerberstraße Nr. 44 in Posen, weist mehrere sichere Hypothesen mit Verlusten zum Verkauf nach, eben so ist eine Auswahl von Gütern hier und in Polen in verschiedener Größe zum Verkauf und Verpachten ange meldet. — Ein Atelier zu einer Sympathie mit 5000 Thlr., so wie ein Glasfabrik mit 500 Stück Glashütte anlegen könnte, werden gesucht. Verschiedene Waldungen und starke Bauholz, so wie 500 Stück Eichen und 800 Stück starke Erlen sind zu verkaufen. Gut empfohlene Wirthschaftsbeamten, Forstleute, Buchhalter und junge Kaufleute können nachgewiesen werden. Für Gouverneure können Stellen nachgewiesen werden.

**H. Molinski.**

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich neben einer seit bereits zehn Jahren hierorts bestehenden

Cigarren- und Tabakhandlung mit heutigem Tage ebenfalls ein

**Material- und Kolonial-Waren-Geschäft** errichtet habe.

Durch vorteilhafte Einkäufe und direkte Verbindungen mit den bedeutendsten Häusern des In- und Auslands ist es mir gelungen, sämtliche Artikel in feinstcr Qualität zu assortiren,

und hoffe ich hierdurch, sowie durch eine passende Einrichtung meines Geschäftslokales das gültige Wohlwollen eines geohydraulischen Publums auch für fernherin in dem Maße zu gewinnen, wie es mir bis jetzt zu Theil geworden.

Einer prompten Bedienung und billigen Preisen bei reeller Ware können sich meine geehrten Abnehmer versichert halten.

Gneu, im Januar 1860.

**A. Wierzbićki**, Domstraße 33.

**Für Bauherren** offeriere ich Siegel verschiedener Sorten in bestaurter guter Qualität zur sofortigen oder späteren Lieferung zu den billigsten Preisen.

**Eduard Ephraim**, Hinterwallischei 114.

**Für Bauherren.** Umjugs wegen verkaufe einen Theil meiner in der Schifferstraße Nr. 13 an der Warte stehenden Siegelvorräthe zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

**A. Krzyzanowski.**

**Maschinen-Formtorsi**, geruchslos und an Gewicht dem Holze gleich, verkaufe ich von meinem Lager in Neudorf bei Schwerin 1000 Stück franko Posen und Hans für

1 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf.

Bestellungen nimmt Herr Spediteur **Rudolph Rabšilber** in Posen, Breitestraße 20, an.

**Heinrich Wilek.**

Nur dem Dom. Boenische bei Bernau stehen nach der Schur 400 Stück gefundene Mutterlache (Mögliner Blut) zum Verkauf.

**Boenische**, den 25. Januar 1860.

**Der Besitzer.**

## John Clay's Glanzleder-Pasta.

Alles Lederwerk, namentlich laktetes Leder, wird bei Anwendung dieser Pasta auf lange Dauer erhalten. Glanzleder selbst konservert sich trefflich, behält sein ursprüngliches glanzvolles Aussehen, und bekommt weder Risse noch Sprünge, auch hinterläßt diese Pasta keine Kruste, schmutzt nicht ab, und bleibt vollkommen unverändert bei Feuchtigkeit.

Den Herren Equipagenbesitzern, Schuhmätern, Niemern, Sattlern etc. und Allen, die laktetes Schuhwerk tragen, ist der Gebrauch dieser Pasta in ökonomischer Hinsicht besonders zu empfehlen.

Für Posen befindet sich Lager davon, und zwar in Originalbüchsen mit Gebrauchsanweisung a 15 und 7 $\frac{1}{2}$  Sgr. bei **Ludwig Johann Meyer**. Neuerstraße.

**T. Munk**, Markt 88, empfiehlt sein Lager Bielefelder, sächsischer und Hernhuter Leinen zu den billigsten Preisen.

**A. Wierzbićki**, Domstraße 33.

**Im Bibliographischen Institut in Hildburghausen erscheinen auf Subskription folgende:**

## neue Prachtansgaben der echten Luther-Bibel:

I.

## Haus-Bibel.

In groß Oktav-Format und durchaus neuer, die früheren Ausgaben weit an Schönheit des Drucks, Papiers und der Illustrationen übertreffender Ausgabe. Der Text, welchem Luther's Uebersetzung gewissenhaft auf Grunde gelegt ist, hat durch seine unübertroffene Klarheit, und ist mit einer großen Anzahl von Parallelstellen bereichert.

Diese für Familienandacht würdigste, so wie zur Gabe für Konfirmanden geeignete lutherische Bibel erscheint mit den Apo-

glyphen

in 20 Lieferungen mit 50 schönen Stahlstichen

ohne die Apoglyphen

in 17 Lieferungen mit 42 Stahlstichen,

jede Lieferung zum Preise von nur

5 Sgr. oder 18 Kr. rhein.

und gelangt bis Ostern schon vollständig in Besitz der Subskribenten.

Nur Subskribenten erhalten mit der letzten Lieferung der einen wie der anderen Ausgabe das schöne Kunstdruck nach Leonardo da Vinci:

Das heilige Abendmahl,

in einem großen gelungenen Stahlstich als eine kostengünstige Zugabe.

Probe-Exemplare sind in allen Buchhandlungen vorrätig.

Subskribenten erhalten mit der letzten Lieferung der einen wie der anderen Ausgabe das schöne Kunstdruck nach Leonardo da Vinci:

Man subskribiert in Posen in den Buchhandlungen von **J. J. Heine, Gebr. Scherk (Ernst Rehfeld)** und **E. S. Mittler (A. E. Döpner)**, in Ostrowo

